



Universiteit
Leiden
The Netherlands

Immaterielles kulturelles Erbe, kollektive Identität und Bildung in der Ixil-Region, El Quiché, Guatemala

Aretz, C.N.

Citation

Aretz, C. N. (2026, February 3). *Immaterielles kulturelles Erbe, kollektive Identität und Bildung in der Ixil-Region, El Quiché, Guatemala*. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/4289416>

Version: Publisher's Version

License: [Licence agreement concerning inclusion of doctoral thesis in the Institutional Repository of the University of Leiden](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/4289416>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

3. Die Ixil-Region

In Guatemala werden neben Spanisch als Amtssprache 22 Maya-Sprachen⁴⁴, Xinka und Igñeri (Sprache der Garífuna) gesprochen (DIGEBI 2019, siehe Abbildung 2). Eine Einteilung der indigenen Völker anhand ihrer linguistischen Zugehörigkeit ist in der wissenschaftlichen Forschung weit verbreitet.

Der Zensus des INE von 2018 zählt 133.329 Sprecher*innen des Ixil (INE 2018: html). In vielen Gemeinden des *municipios* Nebaj sprechen viele der älteren Generationen und vor allem die Frauen ausschließlich Ixil, in den *municipios* Chajul und Cotzal ist die Einsprachigkeit außerhalb der urbanen Zentren der Regelfall. Bilingualität nimmt im urbanen Zentrum von Nebaj und ebenfalls in den Dörfern des *municipios* weiter zu. Die Mehrheit der Dörfer des *municipio* Chajul ist hauptsächlich einsprachig Ixil. Daneben gibt es K'iche', Q'anjob'al, Q'eqchi' und Awakateko-sprachige Familien in der gesamten Ixil-Region (Brett 2007: 15, Batz 2017: 7). Mehrsprachigkeit ist insbesondere in den Dörfern in unmittelbarer Nähe zu den benachbarten *municipios* weit verbreitet (z. B. in Chuatuj, siehe Kapitel 7). Auch die Widerstandsdörfer der Sierra (*Comunidades de Población en Resistencia de la Sierra*) sind mehrsprachig (vgl. Kapitel 5). Zudem existieren drei dialektale Varianten des Ixil: *Ixil de Nebaj*, *Ixil de Chajul* und *Ixil de Cotzal* (Lengyel 1991: 332ff.) und auch in anderen Bereichen wie z. B. der traditionellen Kleidung lassen sich signifikante Unterschiede zwischen den drei *municipios* feststellen.

3.1 Das Leben in der Ixil-Region

Die Ixil-Region befindet sich im Norden des *departamento* El Quiché, Guatemala, in den östlichen Ausläufern der Sierra de los Cuchumatanes (vgl. Abbildungen 1, 3–5). Der Cerro Sumal stellt mit 3275 m nicht nur den höchsten Berg der Ixil-Region dar, sondern ist auch ein heiliger Ort von Bedeutung für die umliegenden Dörfer und Weiler des *municipios* Nebaj (Colby / Colby 1981, Elliot 1971, Lincoln 1945). Im Osten grenzt dieses Gebiet an die Sierra de Chamá (Alta Verapaz). Im Norden grenzt es an die Tiefebene des Ixcán. Im Westen gehen die Cuchumatanes in das Verwaltungsgebiet des *departamento* Huehuetenango über, wo die Bevölkerung den Awakateko, Mam, Q'anjob'al oder Chuj spricht. Im Süden schließt sich die fruchtbare Ebene von Sacapulas an (1200 m), wo K'iche' gesprochen wird. Die

⁴⁴ Das Chaltiteko gilt seit 2003 nicht mehr als Dialekt des Awakateko, sondern wird als eigenständige Sprache anerkannt (vgl. ALMG <https://www.almg.org.gt/comunidades-linguisticas>).

Verwaltungsbezirke (*municipios*) der Ixil-Region sind Santa María Nebaj, San Gaspar Chajul und San Juan Cotzal. Die gleichnamigen Provinzhauptstädte (*cabeceras*) tragen auch die Namen ihrer Schutzpatrone. Die Patronatsfeste finden am 15. August (Nebaj), 6. Januar (Chajul) und 24. Juni (Cotzal) statt (Colby und Colby 1981, Stoll 1993).

Die gesamte Region erstreckt sich ungefähr über 80 km auf einer Nord-Süd-Achse und ebenfalls 80 km auf einer Ost-West-Achse. Insgesamt gibt es ungefähr 85 Dörfer und Weiler, viele sind in der Endphase der *violencia* aus den sogenannten Entwicklungspolen (*polos de desarrollo*⁴⁵) und Modelldörfern (*aldeas modelo*) entstanden. *Polos de desarrollo* wurden von der Militärregierung während des Bürgerkriegs parallel zu Modelldörfern eingerichtet. Die ursprünglichen Gemeinden wurden vollständig zerstört und die überlebende Bevölkerung wurde in den neuen zentralisierten Dörfern zwangsangesiedelt. In vielen Fällen wurde auf die Herkunft und Dorfzugehörigkeit keine Rücksicht genommen (Brett 2007, 2008, 2016, Le Bot 1997).

Das nordwestliche Hochland weist aufgrund der jeweiligen Höhenstufen eine starke Variabilität der Klimazonen auf. Die Täler des *Vértice Norte* (vgl. Abbildungen 4–5), die sich auf einer Höhe zwischen 1400 und 1800 Metern befinden, sind durch ein feucht-tropisches Klima charakterisiert. Dies ermöglicht zwei gesicherte Maisernten pro Jahr sowie den Anbau von Kaffee, Kardamom und in geringerem Umfang auch von Bananen und Baumwolle. In den höheren Lagen kann es in den Monaten Januar und Februar zu Nachtfrost kommen. In den nordöstlichen Ausläufern der Cuchumatanes sind zahlreiche kleine Dörfer in Hochtälern lokalisiert, die durch ein stets feucht-regnerisches Klima mit Nebelwäldern, die von Pinien und Nadelbäumen dominiert werden, gekennzeichnet und zudem durch eine hohe Anzahl an Flüssen und Bächen charakterisiert sind (Brett 2007: 15). Die Regenzeit erstreckt sich in der Regel von Mitte Mai bis Mitte November, mit einer zweiwöchigen Unterbrechung, die als *canícula* bezeichnet wird und Mitte/Ende Juli stattfindet. In den vergangenen Jahren kam es jedoch zu signifikanten Schwankungen, die sich in Form von sowohl außergewöhnlichen Niederschlagsereignissen als auch Trockenheit äußerten. Diese Schwankungen hatten einen negativen Einfluss auf den Ernteertrag und folglich auf die Ernährungssouveränität der Gemeinden (ebd.: 17–18).

⁴⁵ siehe auch Kapitel 2.2.4.

Die verbesserte Erreichbarkeit der Region ist auf den Bau der asphaltierten Straße von Sacapulas nach Nebaj im Jahr 2000 und einer asphaltierten „Dreiecksverbindung“ (2006–2007) zwischen den drei Provinzhauptstädten zurückzuführen. Zudem führte der 2007 begonnene Bau des Staudamms für das Wasserkraftwerk nahe des Dorfes Jua, Chajul, zu einem Ausbau der Straßen in diesem *municipio*⁴⁶. Die Mobilität und die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung wurden so stark erhöht. Die Märkte der Provinzhauptstädte Nebaj, Chajul und Cotzal sowie der größeren Dörfer Salquil Grande, Chel und Ilom prägen mit ihrem Rhythmus weiterhin den Alltag der Einwohner*innen der umliegenden Dörfer.

Im Zensus des INE (Instituto Nacional de Estadística) von 2018 identifizieren sich jeweils 91,4 % im *municipio* Chajul, 96,1 % im *municipio* Cotzal und 94,4 % im *municipio* Nebaj selbst als „Maya“⁴⁷. Die Departments im westlichen und nordwestlichen Hochland, die eine mehrheitlich indigene Bevölkerung haben, sind auch diejenigen mit den höchsten Armutsquoten und stark ausgeprägter sozialer Exklusion (Brett 2007: 13). Hinzu kommen zahlreiche Auseinandersetzungen bezüglich Landnutzung und Landrechten (ebd.: 13, Durocher 2002: 15). Die sich selbst als Ladino bezeichnenden Einwohner*innen leben mehrheitlich in den drei Provinzhauptstädten (INE: 2018). Im Zuge der Landbesitznahmen im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden in den fruchtbaren Tälern des *municipios* Chajul (*vértice norte* genannt) einige bis heute weiter bestehende und dominante Plantagen (*fincas*). Dort wird hauptsächlich Kaffee und Kardamom angebaut. Sie sind im Besitz wohlhabender und einflussreicher Ladino-Familien, die ihren Hauptwohnsitz in der Hauptstadt oder in den beiden anderen Großstädten, Huehuetenango bzw. Quetzaltenango, haben (Brett 2007, Colby / van den Berghe 1969, Colby / Colby 1981, Durocher 2002, Stoll 1993, Talomé 2008). Alle Plantagenarbeiter*innen leben unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit unterhalb der Armutsgrenze. In den urbanen Zentren Nebaj, Chajul und Cotzal nehmen die Ixil jedoch nicht ausschließlich marginalisierte Positionen ein, sondern es besteht durchaus soziale Mobilität (Colby / van den Berghe 1969: 171⁴⁸).

⁴⁶ Staudamm- und Minenprojekte, wie sie zahlreich in Guatemala durchgeführt werden, sind mit schwerwiegenden problematischen Entwicklungen und Dilemmata für die lokale Bevölkerung verbunden. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit, nämlich soziale, ökologische und ökonomische Nutzen, werden selten erreicht.

⁴⁷ Vgl. <https://www.censopoblacion.gt/calor> (Zugriff 12.03.2021). Bemerkenswert ist der Wandel zur Berücksichtigung der Autoidentifikation der Bevölkerung. Neu sind auch die Kategorien, die im Zensus angeboten werden: *Maya, Xinka, Garífuna, Afrodescendiente/Creole/Afromestizo, Ladino, Extranjero*. Sie orientieren sich an der Definition von Guatemala als Vielvölkerstaat.

⁴⁸ Andreas Wimmer (1992: 109) kritisiert die Darstellung von Colby und van den Berghe, sie reproduziere lediglich die kulturimmanente Perspektive. Er vermisst die Thematisierung intraethnischer Konflikte und Interessenoppositionen im Hinblick auf eingeschränkte Aufwärtsmobilität von Individuen innerhalb der lokalen Gruppe.

Guatemala ist ein sehr junges Land, im Jahr 2010 waren 42 % der Bevölkerung als Kinder und 33 % als junge Menschen im arbeitsfähigen Alter registriert (Bellino 2017: 4). Im Jahr 2015 manifestierte sich für Guatemala eine demografische Konstellation, die als „Fenster der Möglichkeiten“ bezeichnet wird. Prognosen zufolge werden die 15- bis 34-Jährigen innerhalb eines 35-jährigen Zeitraums die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe darstellen. Diese demografische Entwicklung eröffnet potenziell neue Möglichkeiten für eine beschleunigte ökonomische Wachstumsrate (Oviedo Gasparico 2021: 2). Bislang war und ist Guatemala eines der ärmsten Länder Lateinamerikas (Kruijt 1994, UNDP 2010, UN Guatemala 2019: 19f.). In den *municipios* der Ixil-Region lebten im Jahr 2011 12 % (Nebaj), 27 % (Chajul) und 67 % (Cotzal) der Bevölkerung in extremer Armut⁴⁹ (INE 2013: 52). Im Jahr 2018 waren es 32,82 % in Nebaj, 56,47 % in Chajul und 47,16 % in Cotzal (SIE 2018: html). Nach wie vor haben viele Menschen keinen Zugang zu Transportwegen, zu elementarer sanitärer Versorgung oder zu Elektrizität. Lediglich ein geringer Teil der Verbesserungen wird von staatlicher Seite ausgeführt. Der Großteil der Investitionen im ländlichen Raum wird vielmehr von staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen aus der Europäischen Union und den USA getätigt⁵⁰. Der Staat zeigt eine eklatante Vernachlässigung seiner Fürsorgepflicht und ist in dieser Hinsicht als abwesend zu betrachten. Dies konfrontiert Nichtregierungsorganisationen (NROs) mit einem Dilemma, da sie durch die Übernahme staatlicher Aufgaben nicht zur Überwindung wirtschaftlicher (und politischer) Missstände beitragen können. In der Konsequenz kann dies zu einer Schwächung von Widerstand und sozialen Bewegungen führen (Ismail und Kamat 2018). In diesem Zusammenhang wird nicht nur in Guatemala von einer „NGOisierung“ gesprochen (Kalny 2017: 29).

Im Jahr 2014 waren 45,3 % der Bevölkerung im urbanen und 87,5 % der Bevölkerung im ruralen Raum von mehrdimensionaler Armut betroffen. Dieser Begriff umfasst die Bereiche Gesundheit, Zugang zu Bildung und Lebensstandard. Unter der indigenen Bevölkerung lag dieser Wert bei 86,6 %, während er bei der nichtindigenen Bevölkerung bei 53,9 % lag. Zudem wies die indigene Bevölkerung im Jahr 2015 eine überdurchschnittlich hohe Prävalenz chronischer Mangelernährung auf, insbesondere in den *municipios* mit einem hohen Anteil an indigenen Bevölkerungsgruppen (CERD 2019: 3). Im Jahr 2014 befanden sich 89,4 % der

⁴⁹Laut Definition des UNDP leben Menschen in extremer Armut, wenn sie mit weniger als einem US\$ pro Tag ausgekommen müssen.

⁵⁰Seit 2011 beteiligen sich zunehmend Taiwan und auch China an Entwicklungsprojekten.

indigenen Kinder und Jugendlichen in einem Zustand sowohl finanzieller als auch mehrdimensionaler Armut (ebd., UNICEF und ICEFI 2016: 48).

Steigende Schulbesuchszahlen manifestieren sich auch in steigender Bilingualität (INE 2018). Hinsichtlich genderspezifischer Unterschiede im Zugang zu Primarbildung hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine positive Entwicklung in der Ixil-Region stattgefunden (vgl. Kapitel 7). 2011 wurde die Ixil-Universität gegründet. Dort lernen die Studierenden nach einer Struktur, die sich nicht an den konventionellen akademischen Prioritäten orientiert. Stattdessen ist sie an der Lebensrealität in den Gemeinden und den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen ausgerichtet (Batz 2017, Universidad Ixil 2014).

Die guatemalteckische Gesellschaft ist von sozialer Ungleichheit in gravierender Form geprägt. Auch in den vergangenen Jahrzehnten nach Unterzeichnung der Friedensverträge hat sich diese Situation nicht signifikant verbessert. Der Bericht aus dem Jahr 2019⁵¹ der Vereinten Nationen zur Erfassung von Entwicklung und Ungleichheit positioniert Guatemala auf Rang 126 (von 182 UN-Mitgliedsstaaten). Länder mit einem ebenfalls hohen Anteil indigener Landbevölkerung, wie Ecuador (Rang 85), Kolumbien (Rang 79) und Mexiko (Rang 76) und Bolivien (Rang 114), schneiden mehrheitlich deutlich besser ab (UNDP 2019). Laut UNDP (ebd.: Table 3) verfügen die reichsten 10 % der guatemalteckischen Gesellschaft über 38 % der erwirtschafteten Summen und die ärmsten 40 % über 13,1 % des Einkommens. Daraus leitet sich der GINI-Koeffizient von 48,3 ab (ebd.).

In Guatemala stellt die ungleiche Landverteilung nach wie vor ein zentrales Problem dar: 2,5 % der Bevölkerung verfügen über 65 % des Landes, einschließlich der ertragreichsten Flächen und Rohstoffvorkommen. Die Mehrheit der indigenen Landbevölkerung, d. h. die Kleinbäuer*innen (ca. 68 % der Gesamtbevölkerung), betreibt Subsistenzwirtschaft in Form von Milpawirtschaft auf kleinen Parzellen in häufig ungünstigen Hanglagen mit schlechten Böden (Batz 2017). 78 % der Kleinbäuer*innen müssen ihren Lebensunterhalt mit nur 16 % der überhaupt für Landwirtschaft geeigneten Flächen sichern. In der Ixil-Region waren 15 % der Ländereien in Privatbesitz ungenutzt, während 40 % dieser Brachflächen zu den landwirtschaftlich günstigen Flächen gehörten (Gonzales 2005: 19–20). Die ungleiche Verteilung des knappen fruchtbaren Landes der Region führt bis in die Gegenwart zu

⁵¹ Human Development Report 2019, Tables 3 and 5.

Konflikten⁵² (Brett 2007, de León Ceto 2018, Durocher 2002). Abgesehen von saisonaler Arbeitsmigration auf Plantagen, zum Teil an der Pazifikküste, betrieben die Ixil in der Vergangenheit hauptsächlich Milpawirtschaft (Colby / van den Berghe 1969, Lincoln 1942).

Die Milpa ist als Lebensgrundlage von wesentlicher Bedeutung für die Subsistenzbäuer*innen. Der Bürgerkrieg zerstörte die letzten traditionellen Streusiedlungen, in denen die Häuser unmittelbar von den Milpas umgeben waren⁵³. Die Lage und Größe der Parzellen sind variabel. Ungleiche Landverteilung (siehe oben) und Bevölkerungswachstum (siehe Kapitel 6.6) führten in jüngerer Vergangenheit im Hochland und insbesondere in der Ixil-Region zu Schwierigkeiten bei der Subsistenzversorgung. Die Arbeit auf der Milpa ist traditionell eine Aufgabe der Männer. Dies veränderte sich jedoch stark im Zuge der Migration von vorwiegend männlichen Familienmitgliedern in die USA zu Beginn der 2000er Jahre. Die Milpa besteht aus Mais, Bohnen und Kürbis, wobei die kräftigen Stängel der Maispflanzen den Bohnen als Rankhilfe dienen. Die Bohnen geben ihrerseits Stickstoff in den Boden ab. Es werden verschiedene Kürbissorten (*chilicayote*, *ayote*) angebaut. Die großen Blätter der Kürbisse schützen den Boden in Hanglagen vor Erosion. Daneben werden Chili, Miltomate (*tomatillo*) und *güisquil* (*chayote*) sowie bleo (westamerikanischer Amaranth, *Amaranthus blitoides*) kultiviert. Der Anbau von Mais stellt einerseits die Ernährungsgrundlage dar und rhythmisiert andererseits das Leben in den Gemeinschaften: Ernte von September bis November, Vorbereitung des Bodens von Januar bis März, April bis Anfang Mai die Aussaat und von Juli bis September die Pflege der Milpa. Rituelle Praktiken begleiten den landwirtschaftlichen Zyklus.

Neben der Milpawirtschaft stellt das Webhandwerk eine wichtige ökonomische Säule dar und die regionalen Markttage bestimmen ebenfalls den Rhythmus des alltäglichen Lebens. In den Jahren 2007 bis 2010 wurde die Möglichkeit der Arbeitsmigration auf die Plantagen des *Vértice Norte* von einer Vielzahl von Ixil ohne formale Ausbildung in Anspruch genommen. Als Alternative boten sich bescheidene Optionen in Agrarkollektiven und im Tourismus an. Trotz strenger Einwanderungsgesetze stellten (und stellen, vgl. Kapitel 7.1) die USA für viele Guatemalte*innen (und auch gerade für viele Indigene) einen Sehnsuchtsort dar. Die Zahl derer, die sich entschließen, zu migrieren, bleibt hoch. Diese Migration trägt zu einer

⁵² Seit der frühen Kolonialzeit gab es unzählige Auseinandersetzungen über Landrechte. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die auf dem Papier bestehende Deklaration der Rechte der Indigenen Völker der Vereinten Nationen von 2007 in einer neoliberalen Weltwirtschaft tatsächlich haben kann. Kapitel 5.2 beschreibt einen von dieser Deklaration motivierten Versuch der lokalen Mayabewegung, eine jahrhundertealte Auseinandersetzung über das Land der Finca La Perla anzugehen.

⁵³ Vgl. Kapitel 3.2.2 zu Zwangsumsiedlung im 16. Jahrhundert.

Veränderung und einer fortschreitenden Hybridisierung der Gesellschaft bei und beeinflusst nachhaltig die kulturelle Identität. Der Erfolg und relative Wohlstand, den einige Familienmitglieder aus den USA mitbringen, stehen jedoch im Kontrast zu einer zunehmenden kulturellen Verunsicherung. Dies führt dazu, dass sie sich oftmals weder der einen noch der anderen Kultur zugehörig fühlen. Dieses Phänomen ist nicht neu und wurde in vielen regionalen Kontexten untersucht. Zudem existieren zahlreiche Autobiografien sowie literarische und cineastische Werke zu diesem Thema.

Des Weiteren können derartige Erfolgsgeschichten bei Heranwachsenden der Impulsgeber sein, von einem vermeintlich „besseren und einfacheren“ Leben zu träumen und den Schritt in die illegale Migration zu wagen (UNICEF und ICEFI 2016, Stefoni 2012: html, sowie Kapitel 6 dieser Arbeit). Als „Migrant*in“ ergibt sich demnach eine neue kulturelle Identität, die sich aus der Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft heraus entwickelt und von dieser abweicht. Diese neue kulturelle Identität ist mitunter von einer Sehnsucht nach „Reinheit“ oder „Authentizität“ geprägt, gleichzeitig jedoch als hybrid zu betrachten (Bhabha 2004).

Die verbesserte Infrastruktur in der Ixil-Region schuf gerade in den Bereichen Transport und Logistik neue Erwerbs- und Beschäftigungsmöglichkeiten⁵⁴. Seit Beginn der 2000er Jahre vergeben verschiedene Organisationen und Institutionen Mikrokredite, die in erster Linie in den Provinzhauptstädten Nebaj, Chajul und Cotzal zu einer Vielzahl kleiner Geschäfte (Gemischtwarenläden) geführt haben. Das Geschäft mit Mikrokrediten ist jedoch nicht frei von Widersprüchen und Problemen. Laut David Stoll (2013) kam es zu negativen Wechselwirkungen zwischen (gescheiterter) Migration und Kleinkrediten zu schlechten Konditionen, welche abermals Konflikte generierten, die den Zusammenhalt der Gemeinden schwächten und störten. Dabei handelte es sich bei Mikrokrediten um ein Geschäft, bei dem einige wenige auf Kosten vieler profitierten. Ohne adäquate Information und Beratung wurden Menschen ohne entsprechende Bildung mit Kleinkrediten zu ungünstigen Konditionen und exorbitanten Zinssätzen in die lebenslange Verschuldung getrieben (ebd.: 109 ff.).

Im urbanen Zentrum Nebajs, ähnlich wie beispielsweise in Chimaltenango oder Sacatepéquez (Dary 2007: 73), ließ sich um 2010 wirtschaftlicher Aufschwung beobachten. Viele kleine Unternehmen, wie z. B. Eisenwarenhandel, Buslinien nach Santa Cruz del Quiché oder

⁵⁴Z. B. bot der Erwerb eines (Klein-) busses oder eines Lastwagens ganzen Familien eine Einnahmequelle. Oftmals beteiligten sich mehrere Familienmitglieder am Geschäft.

Guatemala-Stadt, Taxis (in Form von Tuk-Tuks), Apotheken, kleine Gemischtwarenläden u. a., wurden von Ixil-Familien geführt. Außerdem entstand eine zunehmend selbstbewusste Mittelschicht in Nebaj. Viele Ixil nahmen klassische Berufe des sozialen Aufstiegs an, z. B. als Lehrer*in, Anwalt*in, Bankmitarbeiter*in oder Krankenpfleger*in. Der Anbau von *cash crops*, wie beispielsweise Brokkoli, wurde zunächst vom Militär während der Einrichtung der Modelldörfer und Entwicklungspole eingeführt und später von diversen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in der Region ausgeweitet (Fischer 2001: 235). Fischer äußerte Kritik an diesem Wandel, da er eine Erosion der materiellen Grundlage kultureller Tradierung für indigene Gemeinden befürchtete (ebd.: 237). Claudia Dary hingegen vertritt die Ansicht, dass ökonomische Alternativen einen persönlichen und gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Fortschritt gestatten, der mit einer besseren Kontrolle über Land einhergeht und letztendlich eine bessere Ausgangssituation für lokalen kulturellen Widerstand schafft (2007: 71). In den letzten 15 Jahren haben die Geldrücksendungen, auch als *remesas populares* oder *remesas familiares* bezeichnet, eine enorme Bedeutung erlangt. Sie stellen für Millionen Guatemalte*innen die Haupt- oder oft auch einzige Einnahmequelle dar. Während im Jahr 2007 die Summe bei 12,6 % des guatemalte*inischen BIP lag, stieg dieser Wert bis 2022 auf 19,2 % (Weltbank 2023: [html](#)). Um 2018 setzte in Nebaj auch auf der Grundlage der Geldrücksendungen ein regelrechter „Bauboom“ ein.

Im Jahr 2008 befanden sich schätzungsweise 1,2 Millionen Guatemalte*innen in den USA, von denen 60 % einen illegalen Status hatten. Schätzungen des US Census Bureau aus dem Jahr 2022 beziffern die Zahl auf 1.878.599 Personen (2023: [html](#)). Währenddessen ging das Red Consular Guatemala im Mai 2023 von 2.842.258 Personen aus (Ministerio de Relaciones Exteriores 2023: [html](#)). In der Ixil-Region war die internationale Migration im *municipio* Nebaj besonders ausgeprägt (Stoll 2013: 51ff.). Im Jahr 2022 erhielten die Rücksendungen Personen aus den *departamentos* Guatemala (18,7 %), San Marcos (10,2 %), Huehuetenango (9,0 %), Quetzaltenango (7,7 %) sowie El Quiché und Escuintla (jeweils 5,4 %). Hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit der Empfänger*innen der Rücksendungen identifizierten sich 57,0 % als Ladino/-a und 40,0 % als Maya. Die Maya-Bevölkerung stammt mehrheitlich aus den ruralen Gebieten und die Ladino/-a-Bevölkerung aus urbanen (USAID und OIM 2023: [html](#)).

3.2 Historischer Kontext

Zur besseren Einordnung vieler gegenwärtiger Probleme in der Ixil-Region erfolgt an dieser Stelle ein kurzer historischer Überblick, von der vorkolonialen Zeit bis in die Gegenwart. Der Bürgerkrieg scheint alle anderen historischen Ereignisse zu überschatten, doch ist er selbst im „historischen Zusammenhang der tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Konflikte des Landes“ zu verorten (CEH 1999: 23).

3.2.1 Vorkoloniale Zeit

Die Ixil-Region birgt noch viele unerforschte Strukturen und historische Geheimnisse der vorkolonialen Zeit. An zahlreichen Orten, wie z. B. in der Umgebung Nebajs oder auch Iloms und Chels, sind vorspanische Gebäude mit ihrer typischen Pyramidenstruktur zu erkennen (Banach 2017: 16). Sie wurden den oralen Traditionen nach errichtet, indem den Ahnen die Fähigkeit gegeben wurde, „die Steine“ zu werfen (Colby und Colby 1981: 28). Die Gebäude sind zwar nicht so „zahlreich und beeindruckend“ wie z. B. in Tikal, der Usumacinta-Region oder Yukatan, jedoch geben sie deutlich darüber Aufschluss, dass die Ixil-Region zum Einflussgebiet der klassischen Maya-Kultur gehörte (ebd.: 29). Archäologische Forschung in der Region wurde in Nebaj und Ju'il (Smith und Kidder 1951), Acul (Becquelin 1969, Adams 1972) und Xak'b'al (Velasquez 2010, 2012) durchgeführt. Außerdem wurde die Forschung begrenzt im Rahmen eines Surveys im oberen Becken des Flusses Xacbal (Becquelin et al. 2001) durchgeführt.

„Xak'b'al⁵⁵“ und der *vértice Norte*

Xak'b'al bzw. B'ayal I' war seit der Präklassik (500 v. Chr.) weitestgehend ohne Unterbrechung bis in die späte Postklassik (1530 n. Chr.) besiedelt (Velásquez 2010). Keramikfunde konnten auf 500–200 vor Chr. datiert werden (Hermes und Velásquez 2014: 112). Die freigelegten Strukturen deuten auf religiöse Nutzung (Tempel sowie Altare), Verwaltungs- und Wohngebäude hin (Velásquez 2012: 520). Bis in die Gegenwart erzählen orale Traditionen von Ilom als Ursprungsort der Ixil und sprechen von den Lakandonen⁵⁶ als Vorfahren (siehe Kapitel

⁵⁵ Die Stätte ist unter „Xacbal“ registriert und wird von den Archäologen so benannt. Franz Termer benannte ihn 1927 nach dem Fluss Xak'b'al und er dokumentierte 1931 in den Gräbern aus Tempel 2 und 3 Keramikfunde (Termer 1958, ALMG 2008: 18). Die Menschen aus Ilom nennen die Stätte hingegen *B'ayal I'* (wildes Rohr) oder *Xe' Kuxhab'* (Ort der Achiote) und sehen sie als heiligen Ort (*consejo de los principales* Ilom, 07.05.2008).

⁵⁶ Hier ist es wichtig die Ch'ol sprachigen Lakandonen von jenen zu unterscheiden, die nach der spanischen Eroberung aus den Gebieten östlich und westlich des Usumacinta kamen (de Vos 1988: 121). Die Ixil beziehen sich auf die Ch'ol sprachigen Lakandonen (Banach 2017: 15).

3.2.5, Banach 2017, González Galeotti et al. 2013). Die Lage der Stätte am Zusammenfluss der beiden Flüsse Xacbal und Xamala hat möglicherweise dazu beigetragen, den Zugang zur *tierra caliente* im Norden des *municipio* Chajul vom weiter südlich gelegenen Hochland aus zu kontrollieren (Velásquez 2012: 521). Velásquez stellt zudem die Theorie auf, dass B'ayal I' gemeinsam mit weiteren Orten im nördlichen Teil Chajuls, wie etwa Verdún, Ilom, Saqsivan Maravilla, Mapalpa, Sotzil, Potrero Grande, Potrerito, Finca La Perla, Finca Estrella Polar, Covadonga und Chel, eine „politische und kulturelle Einheit“ bildete. Diese Einheit unterschied sich von den Stätten und ihren Bewohner*innen*innen in der weiter südlich und höher gelegenen Region Nebaj-Chajul-Cotzal (ebd.: 516).

Ju'il

Nahe des Dorfes Ju'il, Chajul, liegen einzelne Reste archäologischer Strukturen. Des Weiteren sind Anhäufungen von Keramikscherben auf dem Gelände vorhanden (Smith / Kidder 1951). Auf einer Struktur wurde eine Kapelle zur Durchführung traditioneller religiöser Rituale errichtet, die jedoch nach Zerstörung während der *violencia* an einer anderen Stelle wieder aufgebaut wurde und nun als Xe Ju'il bekannt ist. Ebenso wie der Berg Vi' Ju'il wird sie von religiösen Spezialisten nicht nur aus der Ixil-Region aufgesucht (ALMG 2008: 19, Burkitt 1930: 57, Lincoln 1945).

Xe'vak und Acul

Im *cantón* Xe'vak des heutigen urbanen Zentrums von Nebaj liegt jene archäologische Stätte namens Xe'vak, die Ledyard Smith und Alfred Kidder in den 1940er Jahren freilegten, dokumentierten und analysierten (1951). Von ungefähr 200 – 1000 n. Chr. konnte Besiedlung nachgewiesen werden (Becquelin 1969, Smith und Kidder 1951). Die Funde umfassen unter anderem Jade- und Granitskulpturen, Keramiken mit Inschriften und den Titel eines Codex. Zudem konnten Gräber mehrerer Herrscherdynastien und Ballspielplätze freigelegt werden. Keramikfunde aus Nebaj tragen hieroglyphische Inschriften (Becquelin 1969, Termer 1958). Smith und Kidder äußerten die Hypothese, dass die Ixil zumindest während der Blütezeit der großen klassischen Tieflandstädte als Händler zwischen dem Tiefland und dem von den K'iche' bevölkerten Hochland weiter südlich tätig waren. Grund hierfür waren die archäologischen Funde. Darüber hinaus wurde von Smith und Kidder die These aufgestellt, dass die Ixil-Eliten nicht nur unter dem kulturellen, sondern auch dem politischen Einfluss der Stadtstaaten des Petén standen (ebd.: 5). Pierre Becquelin, der in den 1960er Jahren weitere archäologische Feldforschung in Nebaj und benachbarten Orten durchführte, bestätigte den kulturellen Einfluss

des Tieflandes auf die Ixil. Allerdings kam er zu dem Schluss, dass der Handel zwischen Tief- und Hochland eine untergeordnete Rolle spielte (2001: 217). Mit dem Niedergang der Städte im Tiefland kam der Handel zum Stillstand und die Ixil waren geographisch isoliert. Daher blieben sie von Umwälzungen der Post-Klassik, wie Säkularisierung und Militarisierung, weitestgehend ausgeschlossen (Colby 1976). Aus dem Rabinal Achi geht hervor, dass die Ixil für eine gewisse Zeit von einem K'iche'-Herrscher unterworfen wurden oder zumindest zu Tributabgaben verpflichtet waren⁵⁷ (Colby und Colby 1981: 29).

3.2.2 Kolonialzeit

Nachdem eine kriegerische Allianz aus Spaniern und Kriegeren aus Zentralmexiko⁵⁸ und Oaxaca im Jahr 1524 in der Nähe der heutigen Stadt Retalhuleu in Guatemala eintraf (Lovell 1992: 58, Lovell et al. 2020, Matthew 2012, Matthew / Oudijk 2007), gelangte sie im Jahr 1530 nach Nebaj. Francisco Antonio de Fuentes y Guzmán (1932) [1690] beschreibt in *Recordación de Florida*, wie die Spanier unter Francisco Castellanos im Dezember 1529 aus dem Tal von Sacapulas in die Berge von Nebaj gelangten. Dabei kam es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Verbündeten und den Ixil aus Nebaj auf dem südlichsten Bergkamm, der das Tal von Nebaj umgibt (Gall 1976: 727–728). Gemäß Fuentes y Guzmán (1932 [1690]: 62–64) fielen die Ixil aus Nebaj entweder in der Schlacht oder sie wurden als Kriegsgefangene versklavt. Chajul umging eine kriegerische Auseinandersetzung, indem es sich in Reaktion auf die Nachricht der Niederlage Nebajs den Spaniern unterwarf. Cotzal hatte mit den K'iche' aus Uspantán eine Allianz gebildet und widersetzte sich den Spaniern (unter Francisco de Orduña) in einer ersten Schlacht im Jahr 1529. Die Ixil aus Cotzal mussten sich jedoch in der zweiten Schlacht 1530 ebenfalls geschlagen geben (Gall 1976: 356, Lovell et al. 2020). Anders als in vielen Regionen der Kolonie beeinflussten die Spanier das Leben in der Ixil-Region zunächst nicht tiefgreifend (Colby und Colby 1981: 30). Im Jahr 1540 begannen die dominikanischen Missionare, ihre Bestrebungen, die Maya zum Christentum zu bekehren,

⁵⁷ Dafür gibt es laut den Colbys auch linguistische Hinweise: es gibt viele Lehnwörter aus dem K'iche', darunter auch die Tagesnamen des Kalenders, davon einige aus der Kolonialzeit stammend (1981: 302). Zu den Kalendernamen vgl. Kapitel 3.2.1 dieser Arbeit.

⁵⁸ Laura Matthew weist darauf hin, dass die Eroberung Zentralamerikas im 16. Jahrhundert nur vor dem Hintergrund mesoamerikanischer Muster der Kriegsführung und Bildung von Allianzen zu verstehen ist. Der Imperialismus der Tenochca brachte verfeindete Nahua in Zentralmexiko dazu, eine Allianz mit den Spaniern zu bilden, was letztlich zum Fall Tenochtitláns führte. Die dortigen Eliten stellten sich als Beratende in den Dienst der Spanier, und die gut ausgebildeten Krieger kämpften als Hilfstruppen mit den Spaniern 1524. Es zogen tausende Nahua aus Cholula, Tlaxcala und weiteren, von den Tenochca unterworfenen Städten gemeinsam mit Mixteca-Kriegern aus Oaxaca Richtung Guatemala. Hunderte blieben in Ciudad Vieja als Kolonist*innen und Nachbarn (Matthew 2012: 40f.). Aufgrund der Allianz mit den Kaqchikel konnten 1524 die K'iche' besiegt werden (Carmack 2001: 144, Lovell et al. 2020).

zu systematisieren. Durch die Aufteilung der nordwestlichen Landesteile in *congregaciones*⁵⁹ und die Einrichtung regionaler administrativer kirchlicher Zentren – *cabeceras de doctrina* – waren nun auch die Ixil wieder im Bewusstsein der Missionare (Lovell 1992: 149-154). und die Einrichtung regionaler administrativer kirchlicher Zentren – *cabeceras de doctrina* – waren nun auch die Ixil wieder im Bewusstsein der Missionare (Lovell 1992: 149–154). Dies führte zu einer erheblichen räumlichen und soziopolitischen Umstrukturierung – dazu gehörten Zwangsumsiedlungen zur effizienteren politischen und religiösen Kontrolle und illegitime Inbesitznahme des Landes (Lovell et al. 2013: 96). Der Dominikaner Andrés de Remesal dokumentierte die Ansiedlung der Bevölkerung aus kleineren Dörfern in die *cabeceras de doctrina* Nebaj, Chajul und Cotzal:

En la sierra de Zacapulas, Chaul, allí se juntaron a petición de los padres fundadores del convento, por orden y diligencia del licenciado Pedro Ramíres de Quiñones, los pueblos de Ylom, Honcab, Chaxa, Aquazap, Huiz y otros cuatro, y cada uno destos tenía otros puebleuelos conjuntos como sufragáneos. Al pueblo de Aguacatlán, Nebá se juntaron Vacá, Chel, Zalchil, Cuchil, y otros muchos más de doce. Al pueblo de Cotzal se juntaron Namá, Chicui, Temal, Caquilax, y otros muchos. [...] (1966 [1619]: 178-179).

Viele Ixil konnten jedoch im Zuge der relativ schwachen Kontrolle in den *congregaciones* von dort fliehen und in die ursprünglichen Streusiedlungen zurückkehren oder neue gründen (Lovell 1992: 83, Remesal 1966 [1619]: 148ff., Termer 1958: 342). Zudem widersetzten sich die Ixil den von den Spaniern eingesetzten *caciques*. Deren Aufgabe war die Kontrolle der indigenen Gemeinschaften, aber sie kontrollierten diese Gemeinschaften nur unvollständig oder gar nicht (Lovell 1992: 80). Darüber hinaus stützte sich das von den Spaniern erdachte Verwaltungssystem der *caciques* auf die traditionellen, indigenen Formen soziopolitischer Organisation⁶⁰. Dadurch konnten traditionelle Strukturen aufrechterhalten werden (ebd.: 126–128), auf die sich notwendigerweise die neuen, an spanische Formen angelehnten Verwaltungseinheiten stützten. Damit einher ging die Einführung von *encomiendas*, von Tributzahlungen und Zwangsarbeit, die in der Ixil-Region zu zahlreichen Aufständen führte (ebd.: 121). Gleichzeitig gehörten die *congregaciones* der Ixil dem *corregimiento* von Totonicapán und Huehuetenango an (Fuentes y Guzmán 1932 [1690]: 44–45). Die *corregimientos* waren die kolonialen administrativen Einheiten der eroberten Territorien unter Herrschaft der *Audiencia de Guatemala*⁶¹.

⁵⁹ Dazu gehörte der Bau einer Kirche, einer Behausung für den Priester und einer *plaza* (Lovell 1992: 77).

⁶⁰ Dies war in der Regel in den indigenen Gemeinden zur Kolonialzeit der Fall, da die Spanier durch mangelnde Präsenz in den Gemeinden und die großen Entfernungen der Gemeinden zu den kolonialen soziopolitischen Verwaltungszentren, auf die bestehenden Strukturen angewiesen waren (Schüren 2019: 149).

⁶¹ Dazu zählten die heutigen Territorien von Chiapas, Belize, Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica.

Die Missionierungsbestrebungen führten zu Veränderungen im kulturellen und religiösen Leben. Wie an vielen anderen Orten Mesoamerikas, gingen die Bevölkerungszahlen durch eingeschleppte Krankheiten signifikant zurück (Colby und Colby 1981: 31). Colby und Colby geben den niedrigsten Stand der Bevölkerung für das zweite Quartal des 18. Jahrhunderts an (ebd.: 30). Der Bevölkerungsverlust resultierte in dem fortschreitenden Rückgang der Zahl der Träger des traditionellen Wissens und führte zu einer Bedrohung des immateriellen kulturellen Erbes. Es kam zu einem Bruch, der jedoch ein längerer Prozess war, der dennoch lokale kulturelle Kontinuität zuließ (Gabbert 2019: 147–148). Die Ixil-Region war folglich über einen erheblichen Zeitraum hinweg von den Entwicklungen unter kolonialer Herrschaft sowie der katholischen Missionierung isoliert, wobei sich in der Region katholische Bruderschaften, *cofradías*, herausbildeten, die auf die Rekrutierung indigener Führungspersonlichkeiten zurückzuführen sind (Lovell 1992: 91). Die Ixil entwickelten eine Religion, die Elemente des Katholizismus neben traditionellen Vorstellungen und Konzepten integrierte, die als überlegen betrachtet wurden (Colby / Colby 1981: 31). In einem Eintrag im Archiv der *parroquia* von Chajul beklagte der Priester, dass die Bevölkerung ungeachtet der langen Zeit der Christianisierung die Anordnungen der Kirche missachte und sich immer mehr den traditionellen religiösen Praktiken zuwende (Lincoln 1945: 49). Das Interesse an den Ixil ging bei Lincoln, Stoll und weiteren von der Annahme einer erheblichen kulturellen Kontinuität sowie einer Vielzahl erhaltener traditioneller ritueller Praktiken aus (Steward Lincoln 1942, Horst Nachtigall 1978, Benjamin Colby / Van den Berghe 1969, David Stoll 1993). Die Kombination dieser beiden Faktoren, kulturelle Kontinuität einerseits und ökonomische Isolation andererseits, prägte demnach die Situation in der Ixil-Region über einen längeren Zeitraum hinweg maßgeblich.

3.2.3 Nationalstaat

Die Unabhängigkeit Guatemalas im Jahr 1821 hatte zunächst kaum Einfluss auf die relative Isolation der Ixil vom nationalen Leben Guatemalas (Colby / Colby 1981: 31). Erst in den 1890er Jahren übten *Ladinos* und ihre wirtschaftlichen Interessen Einfluss auf die Ixil-Region aus. Der neue, liberale guatemaltekeische Staat vertrat nicht die Interessen der ruralen, indigenen Bevölkerung und wurde folglich auch nicht von ihnen unterstützt (Colby / Colby 1981: 31; Colby / van den Berghe 1969: 92; Grandin 2000: 13).

Wie Eric Hobsbawm (1983) darlegte, konstituiert sich eine Nation nicht primär durch eine gemeinsame Ethnizität⁶² und Sprache, sondern vielmehr durch das Zusammenspiel von Organisation industriellen Kapitals und der Herausbildung ökonomischer Eliten. Die Frage nach Macht steht in engem Zusammenhang mit der komplexen politischen Entwicklung in Guatemala im 19. Jahrhundert. Historisch betrachtet lässt sich diese Entwicklung auf die Bestrebungen der Liberalen zurückführen, einen kohäsiven Staat zu etablieren, der sich durch politische, militärische und kulturelle Hegemonie auszeichnete (Grandin 2000: 11). Die Macht des katholischen Klerus und der Schutz der indigenen Gemeinschaften wurden in den Jahren nach der Unabhängigkeit sukzessive eingeschränkt. Dies führte zu einer Rebellion der Bevölkerung sowie zur Abspaltung von Teilen der Elite und bedeutete somit das Ende der liberalen Bewegung. Im Jahr 1839 übernahm Rafael Carrera, ein konservativer Politiker, die Führung des guatemaltekischen Staates und übte für die Dauer von zwanzig Jahren einen bedeutenden Einfluss auf die Politik in ganz Zentralamerika aus (ebd.: 12).

Unter dem „Kaffeebaron“ Justo Rufino Barrios (1873–1885) kam der seit 1871 unter liberaler Führung stehende Staat zu einer Legislation, welche indigenes Land und indigene Arbeitskraft der neu aufstrebenden Kaffeewirtschaft uneingeschränkt zur Verfügung stellte. Dies bedeutete eine radikale Verschlechterung der Landbevölkerung, und zwar sowohl in rechtlicher, als auch in ökonomischer Hinsicht (Kalny 2017: 76). Obwohl die indigenen *municipios* schwer von den Reformen der ersten liberalen Regierung betroffen waren, kam es zu keinem flächendeckenden offenen Widerstand seitens der Bevölkerung (Grandin 2000:11). Vielerorts kam es jedoch sehr wohl zu Handlungen und Verhaltensweisen, die als Widerstand gegen die liberalen Reformen einzuordnen sind. In zahlreichen Fällen missachteten die Bewohner*innen staatliche Anordnungen und Vorschriften oder verweigerten die Registrierung von Landbesitz, Eheschließungen, Todesfällen etc. (Kalny 2017: 77). Einzig Ende der 1870er Jahre sind Aufstände aus indigenen Hochlandregionen dokumentiert (insbesondere Momostenango), die

⁶² Ethnizität stellt einen dynamischen „Prozess der kulturellen Differenzierung von Bevölkerungsgruppen in Form von Selbst- und Fremdzuschreibungen“ dar. Gruppen- bzw. identitätskonstituierende Merkmale können verschiedene Traditionen (Sprache, Religion, Geschichte etc.) in beliebiger Anzahl und Kombination sein. Es entstehen „Wir-Gruppen“ durch In- bzw. Exklusion von Bevölkerungsteilen, jedoch stehen diese auch gerade durch die dynamischen Eigenschaften dieses kognitiven Prinzips nicht unbedingt in Opposition zur nationalen Identität. Sie kann jedoch zum Gegenstand von Konflikten in kulturpluralistischen Staaten werden und im Kampf um Einfluss und Macht als symbolische Ressource genutzt werden (wie im Fall des *nationbuilding*) (Orywal 1999: 100-101). Besonders in kolonialen und postkolonialen Gesellschaften ist Ethnizität ein Aspekt von Ungleichheit, da die Verteilung von Macht und Status, die Machtverhältnisse und die Möglichkeiten sozialer Mobilität eine zentrale Rolle in der Verwendung ethnischer Kategorien im alltäglichen Diskurs und der Konstitution ethnischer Gemeinschaften spielen. Dabei sind gerade auch die divergierenden Interessen innerhalb einer Gruppe wichtig zu beachten (Gabbert 2004: xiii). Nach Foucault zieht Macht ihren Ursprung aus vielerlei Quellen und beinhaltet die Macht, die Bildung und Veränderung von Identitäten zu beeinflussen (1980: 79).

sich gegen die kirchenfeindliche Politik richteten und die mit Waffen aus der Hauptstadt versorgt wurden (Carmack 2001: 290f.) Verschiedene Land- und Arbeitsreformen zielten hauptsächlich auf die Erschließung geeigneter Ländereien für den Kaffeeanbau und die Gewinnoptimierung durch verstärkten Export.

Für die Kaffeeökonomie stellte Nebaj eine zentrale Ressource dar, nämlich die saisonale Arbeitskraft. Dies hatte eine höhere Relevanz als die Nutzung des Landes als solches. In der Region spielte Alkoholkonsum eine tragische Rolle: Viele Ixil arbeiteten auf den Kaffeeplantagen und erhielten im Gegenzug von den *finqueros* Alkohol. Die langfristigen Auswirkungen dieser Praktik waren destruktiv (Lovell 2010: 125–127). Der Archäologe Robert Burkitt beschreibt 1913 in Nebaj, wie „Rumindustrie und Kaffeeindustrie in Guatemala Hand in Hand arbeiten“. Nebaj war von Alkohol „getränkt“. Er schildert, wie seine Ausgrabungen kaum durchzuführen waren, da alle Arbeiter, die er mitnehmen wollte, nie nüchtern waren. Insbesondere im *Vértice Norte*, in Sotzil und Ilo, häuften sich unrechtmäßige Aneignungen von Landtiteln. Der Konsum von Alkohol zog bei den Subsistenzbäuer*innen eine erhebliche Verschuldung nach sich, die dazu führte, dass sie zunächst ihr Land und schließlich ihre Arbeitskraft auf der Finca zur Verfügung stellen mussten. Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Landtiteln sind bis mindestens Mitte des 20. Jahrhunderts dokumentiert (Durocher 2002, siehe Kapitel 6.6 dieser Arbeit).

Mit den Landreformen gingen Veränderungen hinsichtlich einer stärkeren sozialen Kontrolle und einer zunehmenden Militarisierung des Staates einher (Grandin 2000: 110–111). Die Strukturen und Organe in den Gemeinden und die nötigen Voraussetzungen, um die Subsistenzversorgung zu gewährleisten, wurden mit Hilfe politischer, aber auch militärischer Macht aufgeweicht, verändert und gestört. Insgesamt war die wirtschaftliche Situation und Entwicklung Guatemalas von Anfang an in rassistischen Dimensionen zu sehen (ebd.: 128) und hatte „die Zerstörung indigener Kultur zum Ziel“ (Kalny 2017: 76). Der nationale Zensus von 1894 definiert Ladinos und Indigene als zwei unterschiedliche Klassen, wobei die Ladinos mit „Hoffnung und Energie den Pfad des Fortschritts beschreiten“, während die Indigenen „unbeweglich und gelähmt“ keinen Anteil am politischen und intellektuellen Leben haben, und sich stattdessen „an ihren alten Gewohnheiten und Bräuchen festklammern“⁶³ (Grandin 2000: 134).

⁶³ Diese Vorstellung ist auch unter den herrschenden Eliten heute verbreitet.

Im Zuge der „liberalen Revolution“ von 1871 wurden alle Ländereien, inklusive der kommunalen Ländereien⁶⁴, konfisziert und die großen Kaffeeplantagen (wie auch die *Finca La Perla* im *municipio* Chajul, El Quiché) sowie Zuckerrohrplantagen gegründet. In Guatemala (und in geringerem Ausmaß in El Salvador und Nicaragua) wurden in den 160 Jahren seit der Unabhängigkeit oligarchische Wirtschaftsstrukturen durch Ausschluss und unerbittliche Repression bis heute aufrechterhalten. Die Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts war stark gespalten und von Armut und Exklusion gekennzeichnet. Während der langen Zeitspannen unter militärischer Herrschaft⁶⁵ wurde die Ungleichheit weiter verschärft (Kruijt 2008: 14). Zwischen Zugang zu Land, Arbeit und der Veränderung der Gemeinschaftsstrukturen besteht ein unübersehbarer Zusammenhang: Es entstand ein oligarchisch organisierter Staat, der auf der Grundlage der Großgrundfarmen als *estado oligárquico-finquero* bezeichnet wird. Dieser Staat basierte auf Rassismus, dem Einsatz von Repression und militärischer Gewalt gegenüber der indigenen Bevölkerung und jeder Form von Widerstand (de León Ceto 2018: 103, Tischler Visquerra 1997: 112).

Mit der Herbeiführung einer stärker hierarchisierten Gesellschaft ging immer auch unausweichlich der Verlust von Gemeindeland einher⁶⁶. Hinzu kam, dass die liberale Politik auch Einfluss der katholischen Missionare durch antiklerikale Gesetze zwischen 1872 und 1882 immer weiter schwächte (de León Ceto 2018: 101). Dies wiederum modifizierte die Machtstrukturen auf Gemeindeebene (durch Veränderungen in den *cofradías*) (Kalny 2017: 76). Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde das Streben nach einem kapitalistischen ökonomischen System nach US-amerikanischem Vorbild von ersten protestantischen bzw. evangelikalen Missionaren begleitet. Dieser Umstand markiert zudem den Ursprung der engen Verflechtung von evangelikalem Glauben und Machtpositionen in Guatemala insgesamt sowie in der Ixil-Region im Einzelnen⁶⁷ (de León Ceto 2006). Andererseits ermöglichte die fehlende physische Präsenz des Klerus in zahlreichen indigenen Gemeinden die Entstehung einer eigenständigen,

⁶⁴ Nachdem die spanische Krone im Zuge der Eroberung und Unterwerfung sämtliche Ländereien in Besitz genommen hatte und zwischen der katholischen Kirche und den Konquistadoren aufgeteilt hatte, blieben die indigenen Gemeinden mit kleinen Parzellen zurück, die als kommunales Eigentum deklariert wurden (Colby und van den Berghe 1969; Durocher 2002).

⁶⁵ Zwischen den 1920er Jahren und der Mitte der 1980er, war Guatemala mit nur zwei Ausnahmen von militärischen Putschisten bzw. Präsidenten regiert (Kruijt 2008: 19).

⁶⁶ Im Jahr 1883 wurde z. B. laut eines Berichts aus dem *municipio* Quetzaltenango das Wort *ejido* aus dem Wortschatz der Verwaltung gestrichen (Grandin 2000: 110).

⁶⁷ In seiner Abschlussarbeit *Las fuentes del poder del movimiento evangélico en Nebaj, El Quiché* von 2006 zur Erlangung der *maestría* in Politikwissenschaften an der Universidad Rafael Landívar analysiert und problematisiert Miguel de León Ceto Präsenz, Macht und Verflechtung ökonomischer, politischer sowie ideologischer Bereiche des Lebens in Nebaj mit den unterschiedlichen evangelikalen Einrichtungen in Nebaj aus diachroner und synchroner Perspektive.

synkretistischen Religion (Brennwald 2001: 141). Dabei vollzog sich die Ausübung dieser Religionen zunehmend von kollektiven Ritualen im öffentlichen Raum hin zu individuellen Praktiken im privaten Raum, welcher Schutz bot (Falla 1992: 112-113). Carmack beschreibt eine indigene Bourgeoisie, eine kaufmännische Mittelschicht in Momostenango, die eine ambivalente Einstellung gegenüber der indigenen Landbevölkerung aufwies, die durchaus der Haltung der Ladinos ähnelte. Gleichzeitig kam dieser Bourgeoisie eine intermediäre Position zu, indem sie erfolgreich zwischen dem armen, ruralen Sektor und wohlhabenderen Ladinos von außerhalb vermittelte. Zudem konkurrierten sie direkt mit den lokalen Ladinos (2001: 360ff.).

Die Kommission CEH führt den Ursprung der politischen Repressionen während des Bürgerkriegs ebenfalls auf das ungerechte soziale System zurück, welches auf Rassismus, ökonomischer Ausbeutung und politischer Exklusion basierte:

Due to its exclusionary nature, the State was incapable of achieving social consensus around a national project able to unite the whole population. Concomitantly, it abandoned its role as mediator between divergent social and economic interests, thus creating a gulf which made direct confrontation between them more likely. [...] Faced with movements proposing economic, political, social or cultural change, the State increasingly resorted to violence and terror in order to maintain social control. Political violence was thus a direct expression of structural violence. (CEH 1999: 18)

Landenteignungen, Arbeitsausbeutungen sowie als Ethnozid einzuordnende Repressionen gegenüber der indigenen Bevölkerung⁶⁸ begleiteten den Prozess des guatemaltekischen *nationbuilding*. Die Auswirkungen dieser historischen Entwicklung sind bis in die Gegenwart zu beobachten und maßgeblich für die gesamte Sozialproblematik. Der historische Hintergrund für die politisch-sozialen Entwicklungen in Guatemala reicht von der Kolonialzeit über den Kapitalismus bis zur Herausbildung des Nationalstaates. Diese Entwicklung hat eine Reihe von Resultaten hervorgebracht, darunter die sogenannte „Ladino-Identität“, Widerstand, Repression, Rassismus, ethnische Revitalisierung, Nationalismus und politische Unrechtmäßigkeit (Grandin 2000: 15; Kruijt 2008). Neben den ersten Ladinos zogen auch zahlreiche Landarbeiter*innen auf der Suche nach Arbeit und Land aus anderen Landesteilen, wie z. B. aus Totonicapán und Uspantán, im 19. Jahrhundert in die Ixil-Region (Brett 2007: 16). In den 1920er Jahren wurde die indigene Hochlandbevölkerung zur Zwangsarbeit auf den Bananenplantagen an der Pazifikküste herangezogen (Brett 2007: 17, Kalny 2017: 80). Im Jahr 1921 lebte ein Viertel der Bevölkerung Guatemalas auf Fincas und leistete Zwangsarbeit, etwa

⁶⁸ Dazu gehören Zwangsarbeit und Dokumentationspflicht derselben für Indigene sowie das Verbot der Verwendung der indigenen Sprachen in den Schulen (Kalny 2017: 78f).

die Hälfte waren Kaffeeplantagen (Tischler Visquerra 2001: 187). In der Ixil-Region gab es auch indigene Großgrundbesitzer, die im Zuge der Privatisierung des Gemeindelandes profitieren konnten. Zudem waren sie für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen der Armee gegenüber ärmeren Bevölkerungsteilen verantwortlich (Frühsorge 2010: 116, Lincoln 1945: 61, Stoll 1993: 36–38). Im Zuge des Straßenbaus migrierten während des Gewaltregimes Jorge Ubico Castañeda (1931–1944) viele Menschen in das nordwestliche Hochland und in die Ixil-Region (Brett 2007: 16). Hintergrund für den Einsatz Indigener im Straßenbau war das *Ley de Vagancia*, im Zuge dessen abhängig vom Landbesitz Arbeitsdienst auf den Plantagen verrichtet werden musste⁶⁹ (Tischler Visquerra 2001: 189). Restriktive Gesetze und harte Strafen kennzeichneten seine Amtszeit. Unter Ubico Castañeda erlangte die katholische Kirche mehr politische Anerkennung, die sie nach seinem Sturz weiter ausweiten konnte (Brennwald 2001: 142–147).

Mit Ausnahme der als „politischen Frühling“ bezeichneten Amtszeiten von Arévalo und Arbenz (1944–1954) lag die Führung des guatemalteken Staates seit Ende des 19. Jahrhunderts in den Händen von Großgrundbesitzer*innen und Militärs (Stoll 1993: 14). Arévalo und Arbenz wurden mehrheitlich von einem urbanen, studentischen Umfeld sowie der Arbeiterschaft unterstützt, sie thematisierten jedoch nicht explizit die Marginalisierung und Repression der indigenen Bevölkerung. Im Gegenteil, auch die neuen politischen Eliten misstrauten der indigenen Bevölkerung aus Angst vor möglichen Revolten (Kalny 2017: 85). Arévalo und später Arbenz konnten durch ihre sozial orientierte Politik sowohl im Bildungsbereich als auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik Veränderungen vorantreiben, die insbesondere für die Landarbeiter eine Verbesserung darstellten. Eine Landreform⁷⁰ aus dem Jahr 1952 unter Jacobo Arbenz stellte jedoch eine Bedrohung der etablierten Agraroligarchie dar, was 1954 zu einem US-gestützten Staatsstreich führte. Die Elite des Landes setzte den Reformen ein jähes Ende. In diesem Zusammenhang kommt der United Fruit Company⁷¹ (heute Chiquita⁷²) und ihren Verbindungen zur Eisenhower-Administration eine besondere Bedeutung zu (Gonzales 2005:

⁶⁹ Der Nachweis über den geleisteten Arbeitsdienst erfolgte über die berüchtigte *libreta* (viele *finqueros* verweigerten den Nachweis) (Kalny 2017: 82).

⁷⁰ Im Zuge der Reform wurden die ungenutzten Ländereien der Großgrundbesitzer, unter ihnen die UFCo, in staatliches Eigentum überführt.

⁷¹Die UFCO (United Fruit Company), ein US-amerikanisches Unternehmen, welches 1899 begonnen hatte, in Guatemala aktiv zu werden, und hatte zu jener Zeit das Monopol über das lukrative Geschäft des Bananenexports, sie besaß die Mehrheit des Schienennetzes, der Kommunikationseinrichtungen und kontrollierte den Atlantikhafen. Die Agrarreform von 1952 hatte immerhin 162.000 Hektar (von einer Gesamtfläche von 230.000 Hektar) der UFCO enteignet (Schlesinger und Kinzer 1982, Gonzales 2005: 18).

⁷²<http://www.chiquitabrands.com/CompanyInfo/History.aspx> (Zugriff 24.04.2011).

18-19). Als Folge des Geschehenen sind eine Vielzahl von Militärdiktaturen sowie der Bürgerkrieg zu verzeichnen (siehe auch Brett 2007: 17, Goldman 2004: 93, Grandin 2000: 7, Schlesinger / Kinzer 2005: 65f.).

Während der Amtszeiten von Arbenz und Arévalo wurde der indigenen Bevölkerung nur unzureichend angemessene Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil. Vernachlässigung und Ausbeutung wurden nicht thematisiert, ebenso wenig wie die sich formierende Maya-Bewegung (Álvarez Aragón 2013: 23).

Der Militärputsch im Jahr 1954 setzte der Zeit der demokratischen Reformen ein Ende. Im Juni marschierte die „Nationale Befreiungsbewegung“ (*Movimiento de Liberación Nacional*, MLN) von Nicaragua aus in Guatemala ein und zwang Arbenz und viele seiner Regierungsmitglieder ins mexikanische Exil. Am 2. Juli 1954 traf General Armas mit Unterstützung der CIA in Guatemala-Stadt ein. Unter dem Vorwand, das Land „vor der Bedrohung des international erstarkenden Kommunismus zu beschützen“, setzte Armas die Unterstützer*innen Arbenz auf eine Todesliste: Dabei handelte es sich sowohl um Studierende, Universitätsprofessor*innen und Lehrkräfte als auch um Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer*innen, rurale lokale Agrarkomitees und Gemeindevorsteher*innen (CEH, tomo 1, 1999: 106ff., Schlesinger / Kinzer 2005: 94–95).

3.2.4 La violencia – der Bürgerkrieg

Der 36 Jahre andauernde guatemaltekeische Bürgerkrieg (1960–1996) zog sowohl urbane als auch rurale Gemeinschaften in seine Gewaltspirale. Der Konflikt basierte auf komplexen Konfliktlinien sowohl innerhalb politisch-ökonomischer als auch ethnisch-sozialer Zusammenhänge. Viele Guatemalteke*innen bezeichnen diese Zeit als *la violencia*, während die Regierung die Bezeichnung *conflicto armado interno* – „bewaffneter interner Konflikt“ vorzieht und diese in offiziellen Diskursen und konservativen Medien sowie in Schulbüchern und Lehrwerken Anwendung findet.

Offizielle Regierungsvertreter*innen und das Militär erkannten nicht an, einen „Krieg“ geführt zu haben; daher waren sie nie dem Genfer Abkommen verpflichtet und übernahmen keine Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs (Duyos 2020: 41). Die CEH schlussfolgerte, dass die rebellischen Gruppen zu keiner Zeit eine unmittelbare Gefahr für den Staat darstellten (1999: 237f., CEH, conclusions, § 24).

Aufklärung und Dokumentation der während des Bürgerkriegs verübten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit leisteten zwei Wahrheitskommissionen. Im Rahmen des Osloer Abkommens von 1994 wurde die Kommission zur Historischen Aufklärung (CEH, *Comisión del Esclarecimiento Histórico*)⁷³ ins Amt berufen. Die Aufgabe dieser Kommission war es, die historischen Ereignisse zu untersuchen und zu dokumentieren. Dabei sollte jedoch explizit darauf geachtet werden, dass keine individuellen Verantwortlichkeiten dokumentiert wurden. Zudem wurde seitens des Militärs keine vollständige Kooperation mit der Kommission erzielt, da die Machthaber essentielle, belastende Dokumente zurückhielten (Duyos 2020: 30). Menschenrechts- und Indigenenorganisationen hielten das Abkommen daher für unzureichend und gründeten gemeinsam mit dem Menschenrechtsbüro des Erzbistums Guatemalas das „Projekt zur Wiederaneignung der Historischen Erinnerung“, REMHI (*Recuperación de la Memoria Histórica*)⁷⁴. Ergebnis war der Bericht „Guatemala, nunca más!“, basierend auf 5000 Augenzeugenaussagen (*testimonios*)⁷⁵. Der CEH-Bericht wurde als politisches Instrument eingesetzt, während der REMHI-Bericht als Instrument der Erinnerungsarbeit diente. Beide widmeten sich unter anderem der Fragestellung, welche Aspekte nicht vergessen werden dürfen (Oettler 2004: 23). Der moralische Anspruch, eine Antwort auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu geben, beruht auf der Tatsache, dass Augenzeugen moralische Zeugen sind. Der REMHI-Bericht verschriftlicht Zeugenaussagen (*testimonios*) und macht somit ein kommunikatives Gedächtnis zum kulturellen Gedächtnis, da die Aussagen der Augenzeugen auch für zukünftige Generationen lesbar bleiben (ebd.: 24).

Ein Dilemma der beiden Berichte ist, dass sie (oder wenigstens ihre Existenz) zwar bekannt sind, jedoch nicht alle Bevölkerungsteile gleichermaßen Zugang haben. Darüber hinaus sind Tendenzen erkennbar, in denen bestimmte Interessengruppen versuchen, die Existenz der Berichte zu verschleiern oder deren Inhalt zu diskreditieren.

⁷³ Auch „offizielle Kommission“ oder „Wahrheitskommission“ genannt.

⁷⁴ Vgl. insbesondere Oettler (2004) für eine detaillierte Beschreibung und Analyse der Grundlagen und Ergebnisse der Berichte.

⁷⁵ Nur zwei Tage nach der Veröffentlichung, am 28.04.1998, wurde der Koordinator des Berichts und der Direktor des Menschenrechtsbüros, Monseñor Juan Gerardi Conedera auf brutale Weise ermordet.

3.2.4.1 Die Spirale der Gewalt: die Anfänge

Aus dem Exil zurückgekehrte, radikalisierte *militares insurrectos* nahmen 1961 ihren Kampf gegen die Regierung Ydígoras Fuentes auf (CEH, tomo 1, 1999: 124). Sie organisierten sich in der Gruppe MR-13 (*Movimiento Revolucionario – 13 de Noviembre*, Revolutionäre Bewegung – 13. November, auch *Frente Rebelde Alejandro de León Aragón 13 de Noviembre*). In dem Dokument *Quiénes somos, qué queremos y por qué luchamos*, „Wer wir sind, was wir wollen und warum wir kämpfen“ definierte sich die Gruppe als Offizielle des guatemaltekischen Militärs, die seit dem 13. November 1960 für die Einsetzung einer Regierung kämpfte, die nach demokratischen Gesetzen und den Interessen des Volkes handelte. Das Wirken der MR-13 motivierte indes weitere Guerillagruppen zu Aktionen. Als explizit im ruralen Raum operierende Guerillaeinheit trat die Gruppe *Frente 20 de Octubre*, Front – 20. Oktober, auf (CEH, tomo 1, 1999: 124f.).

In der Hauptstadt bildeten aus dem Exil zurückgekehrte Personen gemeinsam mit neuen revolutionären Gruppierungen, die sich hauptsächlich aus einer urbanen, studentischen Opposition rekrutierten, den Kern folgender Guerillaorganisationen⁷⁶: FAR (*Fuerzas Armadas Rebeldes*, Aufständische Streitkräfte) und PGT (*Partido Guatemalteco del Trabajo*, Guatemaltekische Partei der Arbeit). Die indigene Bevölkerung war nicht an diesem Entstehungsprozess beteiligt. Es handelte sich um eine rein soziale Opposition, nicht jedoch um eine ethnische (Kruijt 2008: 18–19, Kalny 2017: 91).

Das Militär setzte die Zivilbevölkerung in seiner Strategie der Aufstandsbekämpfung ein, indem es ihr einige militärische Aufgaben und Spionageaufträge übertrug, deren primäres Ziel die Kontrolle der Bevölkerung und der inneren Ordnung war. So war die Zivilbevölkerung angehalten, verdächtige Handlungen oder Verhaltensweisen von Familienangehörigen oder Nachbar*innen anzuzeigen. Diese Anzeigen dienten als Grundlage zur Verfolgung und Festnahme, wobei häufig Methoden des Terrors zum Einsatz kamen. Dazu zählten Folter, Verschwindenlassen und außergerichtliche Exekutionen. Seit 1966 agierten hauptsächlich

⁷⁶ Laut CEH hatten die Ereignisse und erfolglosen friedlichen Proteste von zivilen Handelnden und Studierenden im März und April 1962 direkten und vielfältigen Einfluss auf die Entstehung des bewaffneten Aufeinandertreffens. Die Opposition wurde durch die friedlichen Proteste in ihrer Ansicht bestärkt, dass es nicht möglich war, eine unbeliebte Regierung durch friedlichen Protest zu stürzen. In der Folge gründeten Schüler*innen und Studierende die Gruppe *Movimiento 12 de abril*, welche jedoch keinen Erfolg verzeichnen konnte. Viele ehemalige Mitglieder schlossen sich später den *Fuerzas Armadas Rebeldes* (FAR) an (tomo 1, 1999: 127).

Bevollmächtigte des Militärs, Angestellte einiger Großgrund-/Fincabesitzer*innen und militante Personen aus dem ultrarechten politischen Spektrum innerhalb von „Todesschwadronen“ als paramilitärische Kräfte (CEH, tomo 1, 1999: 142–143). In den 1960ern und zu Beginn der 1970er Jahre agierten die Guerillagruppen hauptsächlich in der Hauptstadt bzw. im Osten des Landes. Sie konzentrierten sich auf Entführungen und Ermordungen einflussreicher und prominenter Persönlichkeiten, wie z. B. die US-Amerikaner John D. Weber und Ernest A. Munro und den Geschäftsmann Alfonso Alejos am 17. Januar 1968. Zwischen 1970 und 1971 vollzogen FAR und MR-13 mindestens sechs ökonomisch motivierte Entführungen (*secuestros económicos*). Prominente Opfer waren der Minister Alberto Fuentes Mohr, der deutsche Botschafter Karl von Spreti⁷⁷ und der US-Diplomat S. M. Holy (CEH, tomo 1, 1999: 146f.).

3.2.4.2 Die Militärregierungen Arana Osorio und Laugerud García

In den 1970er Jahren war Guatemala ein fragiler Staat, der keine Aussicht auf die Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaats besaß. Militärische Macht war in diesem Fall institutionalisiert und eng mit den ökonomischen Interessen eines Teils des privaten Sektors verwoben⁷⁸. Der schwache Staat ebnete den Weg zur zweiten Etappe der bewaffneten Auseinandersetzungen (CEH, tomo 1, 1999: 149). Die Militärregierungen unter Carlos Manuel Arana Osorio (1970–1974) und Kjell Eugenio Laugerud García (1974–1978) verfolgten eine doppelte politische Strategie: Einerseits entwickelten sie gegen die Opposition systematische Pläne zur Aufstandsbekämpfung, die mit dem Kampf gegen die „Gefahr des Kommunismus“ gerechtfertigt wurden und andererseits veranlassten sie ökonomische und soziale Entwicklungsprojekte, in denen der Staat eine wichtige Rolle spielte (CEH, tomo I, 1999: 150). In den Jahren 1974 bis 1977 wurde ein ökonomischer Aufschwung verzeichnet, insbesondere der Kaffeemarkt entwickelte sich aufgrund ausländischer Investitionen stark, und die Preise stiegen um 400 %. Allerdings konnte lediglich der Geschäftssektor von diesem Aufschwung profitieren. Gleichzeitig wurde der Staat unter Druck gesetzt, seine Finanzpolitik und Arbeitsgesetze den Interessen der Wirtschaft anzupassen. Diesbezüglich wurden finanzielle Anreize und Steuervergünstigungen erzwungen. Trotz eingeschränkter Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Aktion schlossen sich Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen zu

⁷⁷ Von Spreti wurde aufgrund der nichterfüllten Bedingung (Freilassung einer Gruppe inhaftierter Guerilleros) getötet (CEH, tomo 1, 1999: 146f.)

⁷⁸ Ökonomische und politische Macht konzentrierte sich in den Händen einer sich selbst als „weiß“ definierenden Elite, ihr Reichtum basierte auf der systematischen Ausbeutung der indigenen Bevölkerung (Duyos 2020: 80).

Kooperativen, Verbänden, Komitees, Gewerkschaften und Maya-Organisationen zusammen. In einigen Fällen wurden sie von Seiten der katholischen Kirche oder der *Democracia Cristiana* unterstützt (CEH, tomo 1, 1999: 149f.).

Zu jener Zeit gründeten sich zudem die Guerillaorganisationen *Organización del Pueblo en Armas* (ORPA, Organisation des Bewaffneten Volkes) und die *Nueva Organización Revolucionaria de Combate* (NORC, Neue revolutionäre Organisation des Kampfes). Aus letzterer ging später die Guerillaarmee der Armen (*Ejército Guerrillero de los Pobres*, EGP) hervor. Die neu gegründeten Guerillaorganisationen verfolgten im Gegensatz zu den Gruppierungen der 1960er Jahre eine andere Zielsetzung. Sie operierten in abweichenden Territorien und unternahmen bewusste Bemühungen, ihre soziale Basis zu erweitern. Ein wesentlicher Aspekt dabei war der Versuch, die Maya in den revolutionären Kampf einzubeziehen (CEH, tomo 1, 1999: 150). Vazquéz Olivera und Campos Hernández sprechen von einem „Guerilla-Boom“ Mitte der 1970er Jahre⁷⁹, der mit der Abspaltung der radikaleren *Ixim* von der ORPA einsetzte (*Movimiento Revolucionario del Pueblo—Ixim*, *MRP-Ixim*, Revolutionäre Bewegung des Volkes – *Ixim*) (2019: 154).

Die ORPA operierte zunächst in der südwestlichen Küstenebene und die neuorganisierte Gruppe der FAR agierte im Tiefland des Petén (Oettler 2006: 7). Sie erfuhren sowohl Zuspruch aus einem urbanen (Intellektuelle, junge Katholik*innen und Studierende) als auch aus einem indigenen Umfeld. Rodrigo Asturias (*Gaspar Ilóm*) war an der Gründung beteiligt und trug mit seinen nationalen und internationalen Kontakten zur Etablierung der Gruppe bei. Zudem kritisierte er Rassismus als strukturelle Komponente der kapitalistischen Vorherrschaft und argumentierte, dass eben aus diesem Grund die ursprünglichen Völker/Urvölker (*pueblos originarios*) die treibende Kraft in der guatemalteckischen Revolution sein müssten. Darüber hinaus vertraten Asturias und die ORPA die These der Einheit eines „Urvolkes“ und betonten gemeinsame Geschichte, Unterdrückung und gemeinsame kulturelle Merkmale. Unterschiede zwischen den zahlreichen indigenen Völkern spielten eine untergeordnete Rolle (Thomas 2013: 134, Vazquéz Olivera / Campos Hernández 2019: 153).

⁷⁹ Weitere kleinere Gruppierungen mit radikal ethnischen Ausrichtungen waren der guatemalteckische Zweig der PRTC (aus El Salvador, *Partido Revolucionario de los Trabajadores Centroamericanos*, Revolutionäre Partei der Zentralamerikanischen Arbeiter) und die Bewegung Indio Tojil (*Movimiento Indio Tojil*). Diese bestand hauptsächlich aus K'iche' und Kaqchikel (Macleod 2008: 229, Morales 1998).

Der Guerillaarmee der Armen (EGP) kommt in Bezug auf die Ixil-Region eine besondere Relevanz zu. Sie begann 1972 in den Urwäldern und Gebirgen im Norden des *departamento* El Quiché zu agieren und festigte dort ihre Präsenz (Vazquéz Olivera / Campos Hernández 2019: 154). Dies geschah mittels zahlreicher Erkundungsreisen in der Ixil-Region und im Ixcán⁸⁰ 1972 und 1974. Diese Reisen dienten vorrangig der Vertrauensbildung unter der lokalen Bevölkerung und des Aufbaus eines Unterstützungsnetzwerks als Basis für ihren Volkskrieg. Außerdem etablierten sie um Guatemala-Stadt und an der Pazifikküste Netzwerke (ebd. 2007: 33–36, Vazquéz Olivera / Campos Hernández 2019: 152f.). In Xolchiche, Cotzal, errichteten sie 1973 ein Feldlager (Duyos 2020: 136). Mit der Gründung der *Fuerzas Irregulares Locales* (Irreguläre Lokale Kräfte) rief die EGP eigene Hilfsmilizen und Unterstützungspunkte ins Leben. Diese sollten ein Versorgungsnetzwerk in hauptsächlich von Maya-Bevölkerung besiedelten Gebieten in Nord- und Zentralguatemala etablieren. Die selektive Hinrichtung von Informant*innen und Agent*innen der Regierung diente als Fundament für die territoriale Expansion (ebd.: 155). Dazu gehörte auch die exemplarische Hinrichtung des „Tigers des Ixcán“ am 7. Juni 1975. Im Zuge des „Kampfes gegen Ausbeutung“ ermordete die EGP den für die Ausbeutung seiner Arbeiterschaft bekannten Großgrundbesitzer Luis Arenas auf der Finca La Perla, Chajul. Die Ermordung hatte „symbolischen Charakter“ und zog eine unmittelbare Reaktion des Militärs nach sich. Dieser Fall veranschaulicht die Verbindung zwischen Politik, Oligarchie und Militär und markiert zudem den Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ixil-Region (Brett 2007: 39, Duyos 2020: 136f., CEH, tomo II, 1999: 333; *Caso Ilustrativo 59. Ejecución de José Luis Arenas Barrera por el Ejército Guerrillero de los Pobres (EGP)*, CEH, tomo VII, 1999: 199ff.).

Später stellte die EGP hauptsächlich indigene politische Führungsköpfe und Kämpfer*innen auf (Brett 2007: 36). Die Entscheidung, die indigene Bevölkerung als solche in den revolutionären Kampf einzubeziehen, anstatt sie als seine Art „Semiproletariat“ innerhalb einer ausschließlich sozial motivierten Auseinandersetzung anzusehen, hatte verheerende Folgen (Garrard-Burnett 2010: 38, Stoll 1993). Befreiungstheologie⁸¹ spielte bei der Einbeziehung der indigenen Bevölkerung im Hochland eine bedeutende Rolle. Die Priester bildeten

⁸⁰ Am 19. Januar 1972 reiste die EGP (unter anderem Ricardo Raírez – *nome de guerre Rolando Moran* und Mario Payeras – *Benedicto*) von Mexiko aus in den Ixcán (Brett 2007: 30). Die Ländereien der Kooperative von Ixcán Grande dienten ihnen als Basis während der ersten Phase der Organisation und Vorbereitung ihres „Langwierigen Volkskriegs“ (*Guerra Popular Prolongada*, nach Mao Tse-tung) (ebd.: 39).

⁸¹ Bereits seit 1943 waren vor allem Geistliche des Maryknoll-Ordens in Huehuetenango präsent, später kamen Mitglieder des belgischen Herz-Jesu-Ordens, Salesianer, Mitglieder des Ordens vom Unbefleckten Herzen Mariens und Jesuiten dazu. (Brennwald 2001: 199, Murga Armas 2006: 120).

Diskussionsrunden mit lokalen Studentenanführer*innen. Auch in den *seminarios indígenas* der *Acción Católica* kamen landesweit Maya-*líderes*, Studierende und Lehrkräfte zusammen (vgl. Kapitel 3.2.3). Darüber hinaus waren spanische und guatemaltekeische Jesuiten in Guatemala-Stadt, Chimaltenango und El Quiché tätig (Kruijt 2008: 52, Le Bot 1997: 146–152). In den besagten Diskussionsrunden und *seminarios indígenas* lag der thematische Schwerpunkt fortan nicht mehr auf Religion, sondern auf Themen wie Ausbeutung, dem Kampf um Gleichheit, der Freiheit der Arbeiter*innen und höheren Löhnen. Gleichzeitig vollzogen viele Maya-*líderes* durch ihr Wirken im Komitee Einheit der Landarbeiter (*Comité de Unidad Campesina*, fortan CUC) einen Schritt vom „passiven Opfer“ zu handelnden Personen. Die Aktivist*innen des CUC sprachen von „neuen Wegen, *indio* zu sein“ (Garrard-Burnett 2010: 38). Viele Dorfgemeinschaften gelangten als Kollektive von der *Acción Católica* zum CUC. Aus Nebaj liegen guerillakritische Berichte einer „indigenen Bourgeoisie“ vor. Sie baten im Januar 1976 das Militär um Unterstützung und übergaben eine Todesliste. Daraufhin wurden im März Mitglieder der *Acción Católica*, Führungsköpfe von Kooperativen, Komitees und anderen gemeinnützigen Organisationen Opfer von Mord und Entführung (Arias 1990: 248).

Exkurs: Acción Católica

Die *Acción Católica* (fortan AC) in Guatemala geht zurück auf das Jahr 1934. In der Anfangszeit war sie eine Jugend- und Arbeiterorganisation in der Hauptstadt. Bei der Ausweitung ihrer Tätigkeiten in ländliche Gebiete stießen die Aktivist*innen der AC auf Widerstand der Maya-Bevölkerung, da sie die traditionellen religiösen Rituale durch „orthodox-katholische“ ersetzen wollten (Murga Armas 2006: 34). Die Ausbildung von *catequistas* auf Gemeindeebene stand im Vordergrund der Aktivitäten. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Alphabetisierung und Spanischunterricht. Ideologisch inspiriert war das Wirken von dem Gedanken, die indigene Bevölkerung entsprechend auszubilden und so zu mündigen Agierenden zu machen (durch Fortbildungen, *capacitaciones*) (ebd.: 120). Die Rechte der Indigenen sollten vor staatlichen Autoritäten und *ladinos* geschützt werden (Kalny 2017: 92).

Zwischen 1954 und 1960 versuchte die AC, entwicklungspolitisch orientierte Reformen voranzutreiben. Sie förderte Kooperativen mit Hilfe von sozialen sowie ökonomischen *grassroots*-Entwicklungsprogrammen. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit lag auf der Verbreitung und Umsetzung von Arbeitsrechten. Mit dem zweiten Vatikanischen Konzil sowie den Tagungen von Medellín (1968) und Puebla (1973) bekam die Arbeit der katholischen

Aktivist*innen institutionelle Unterstützung. Der Schwerpunkt des kirchlichen Engagements sollte nun offiziell auf der Arbeit in den Gemeinden liegen und zugunsten der Armen erfolgen (Bastos und Camus 2006: 35, Duyos 2020: 49).

Die Geistlichen erlernten schnell die indigenen Sprachen und fanden zum Beispiel mit der Einführung neuer Technologien in den Gemeinden (wie z. B. Radio) oder Einrichtungen wie Kliniken, Grund- und weiterführenden Schulen schnell breiten Zugang zu der Bevölkerung. Mit der Initiative *pastoral indígena* führte die Leitung der AC eine Maßnahme zur Förderung des Respekts gegenüber der indigenen Kultur seitens der Kirche ein (Garrard-Burnett 2010: 121, Duyos 2020: 49). Ab 1972 führte die AC landesweit Schulungen für Maya-*líderes*, Studierende und Lehrkräfte in sogenannten *seminarios indígenas* durch. Das Wirken der AC stellte jedoch zunächst eine potenzielle Bedrohung für das traditionelle Wissen dar, da die Mitglieder der AC insbesondere traditionellen indigenen Praktiken und den *cofradías* ablehnend gegenüberstanden und zur Optimierung der Kontrolle des religiösen Lebens Katechet*innen in den Dörfern einsetzten. Erst mit dem Nachlassen der Missionstätigkeit war eine Koexistenz der Anhänger*innen der AC und der *costumbristas* ohne permanente Spannungen möglich (Frühsorge 2010: 143, 146, Brennwald 2001).

Das Erdbeben vom 4. Februar 1976, mit Nachbeben am 6. Februar, zog verheerende Folgen für die bereits hunger- und notleidende Bevölkerung nach sich. Die Schätzungen bezüglich der Anzahl der Betroffenen, der Todesfälle und der Verletzten beliefen sich auf eine Million, die ihr Zuhause verloren, 27.000 Todesfälle und 70.000 Verletzte (CEH, tomo I, 1999: 155; 160, Le Bot 1997: 132). 1976 begann zudem die Militarisierung der Ixil-Region: Insgesamt elf Erkundungstrupps der Armee hielten sich in der Region auf⁸² und an den vier Zugängen zum *departamento* El Quiché wurden Kontrollpunkte errichtet. Eine Welle von Entführungen und Vertreibungen indigener Kleinbäuer*innen von ihren Ländereien⁸³ sowie Ermordungen von Aktivist*innen der AC erschütterte die Ixil-Region im Zuge der Militarisierung. Zudem verdrängten Armee und Paramilitärs zahlreiche Autoritäten und Führungspersonen (Duyos 2020: 137). Zeitgleich ermordeten Staatskräfte 64 Mitglieder einer Kooperative im Ixcán

⁸² In Chajul fünf, in Cotzal zwei und in Nebaj vier.

⁸³ Amnesty International beschrieb 1980, wie neue Landbesitzer*innen mit Hilfe von Militär und Politik in den Besitz von Landtiteln kamen, auf deren Grundlage sie die indigenen Landbesitzer*innen (trotz bereits bestehender, eigener Landtitel) von ihren Ländereien vertrieben (in Duyos 2020: 164).

(Garrard-Burnett 2010: 44–45). Laut journalistischer Berichte jener Zeit wurden ungefähr 70.000 Guatemalte*innen ermordet oder verschleppt (CEH, tomo 1, 1999: 151).

Gegen Ende der 1970er Jahre schlossen sich große Teile der armen indigenen Landbevölkerung der EGP an, die zuvor in der Bauernorganisation CUC organisiert waren (Kruijt 2008: 30–32). Im CUC organisierten sich sowohl indigene als auch mestizische Kleinbäuer*innen und formulierten Forderungen, die sich an den spezifischen Bedürfnissen dieser bäuerlichen Bevölkerungsschicht orientierten. Die Forderungen umfassten das Ende von Diskriminierung und Ausbeutung der Landbevölkerung (Kalny 2017: 98). Darüber hinaus bemühten sich die Vertreter*innen des CUC um Lösungen für (Land-)Konflikte. Auf nationaler sowie auf lokaler Ebene gelang es indigenen Politiker*innen, sich durchzusetzen und sich damit den Belangen der indigenen Bevölkerung zu widmen (Falla 1978: 440–451, Frühsorge 2010: 155, Kalny 2017: 99). Im Rahmen des Massakers von Panzós, Alta Verapaz, tötete das Militär Q’eqchi’-*campesinos*, die einen vergeblichen Versuch unternommen hatten, ihre Landrechte gegenüber den lokalen *finqueros* durchzusetzen (Caso ilustrativo 09, CEH tomo VI, 1999: 13ff.). In der Konsequenz einer Vielzahl von Massakern, die sich gegen die indigene Landbevölkerung richteten, positionierte sich das CUC schließlich auch offen als deren Vertretung (Arias 1990: 250). Da das CUC nun auch indigene Belange berücksichtigte, erklärte die Militärdiktatur pauschal alle Indigenen zu Unterstützenden der Guerilla. Die indigene Hochlandbevölkerung war größtenteils weder an der Unterstützung der Guerilla noch an der der Armee beteiligt oder interessiert. Sie mussten jedoch feststellen, dass Neutralität unter der brutalen Vorgehensweise des Militärs gar nicht möglich war (Duyos 2020: 67).

Die Ixil-Region wies im Jahr 1976 ein Minimalniveau sozioökonomischer Entwicklung auf. Das Wirken des CUC und der AC in der Region trug sowohl zu politischer Mobilisierung als auch sozialer Hoffnung bei. Laut Brett (2007: 21) fand der marxistisch-leninistische und zunehmend ethnische Diskurs der EGP durchaus Anklang in Teilen der Ixil-Bevölkerung. Aus der historischen Erfahrung von rassistischer und ethnischer Diskriminierung entstand bei Aktiven des CUC ein ethnisches Selbstbewusstsein als „Ixil“.

3.2.4.3 Die Ixil und die extreme Gewalt: 1978 –1986

In der Zeit zwischen 1978 und 1986 nahmen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen unvorstellbare Ausmaße an. In dieser Epoche kam es nicht nur zu zahlreichen Massakern, sondern auch zu einem Genozid an den Ixil und weiteren Maya (Brett 2007: 128ff., 2008, 2016,

Carmack 1988, CEH, tomo VI, VII, *Casos Ilustrativos*, 1999, Duyos 2020, REMHI 1998b: 212).

Die Amtszeit von Fernando Romeo Lucas García (01.07.1978 – 23.03.1982) war von selektiver Repression geprägt. Soziale Bewegungen und die politische Opposition verloren ihre Führungsköpfe, in den indigenen Gemeinden waren insbesondere die Älteren und die Träger*innen des lokalen traditionellen Wissens (ohne weitere Differenzierung alle *kacholpom*) Ziel der Kampagnen. Dies sollte unter anderem dazu dienen, eine*n „neue*n *indígena*“ zu schaffen. Diese*r sollte assimiliert und ladinisiert und dem Staat, dem Militär und den nationalen Symbolen gegenüber loyal sein und nicht den lokalen Traditionen oder der Guerilla anhängen (Brett 2007: 78; 126–128; CEH, tomo I, 1999: 239, Gonzales 2005: 22, Schirmer 1998: 59).

Aus internen Militärdokumenten aus dem Jahr 1979 geht hervor, dass die Ixil-Bevölkerung zu 60 % pauschal als „mit der Guerilla“ (*con la guerrilla*) eingestuft wurde. Es wurde jedoch nicht genauer differenziert, ob es sich um passive, indifferente oder aktive Unterstützung handelte (Jonas 1991: 133). Neben Aktivist*innen des CUC waren zunehmend katholische Priester, Katechist*innen und Katholik*innen Opfer von Verfolgung, Verschleppung und Mord (CEH, tomo I, 1999: 239). „Katholisch sein“ setzte das Militär mit der Zugehörigkeit zu einer Guerillaorganisation gleich, besetzte Kirchen und verwendete Kapellen als Folterkammern (Duyos 2020: 49f.).

1980 nahmen die Aktivitäten der Guerilla in der Hauptstadt und in den ländlichen Gebieten zu. Es kam vermehrt zu Hinrichtungen, wie die des Großgrundbesitzers Enrique Brol in der Ixil-Region. Am 31. Januar 1980 ermordete das Militär 37 Personen bei dem Massaker in der spanischen Botschaft (*Caso Ilustrativo* 79, CEH, tomo I, 1999: 190). Nach diesem Vorfall kamen Guerillavertreter*innen und Mitglieder des CUC sowie der *Acción Católica* zusammen und formulierten in der Deklaration von Iximche‘ unter anderem diese Kernforderungen:

[...] lucha contra la explotación; una sociedad de igualdad y respeto; porque el indio desarrolla su cultura; por una economía justa donde el indio no explota al indio; porque la tierra sea comunal; porque cese la discriminación...termine toda la represión, tortura, secuestro, asesinato y matanza; porque haya igualdad en material de derecho del trabajo y porque no se utilice a los indios como atracción turística; por una justa distribución y aprovechamiento de sus riquezas [...] ⁸⁴.

⁸⁴Declaración de Iximche’, Guatemala, febrero de 1980, abrufbar unter <http://www.albedrio.org/hm/otrosdocs/comunicados/DeclaraciondeIximche1980.pdf> (Zugriff 23.03.2021)

[...] *Kampf gegen die Ausbeutung; eine Gesellschaft der Gleichheit und des Respekts; dafür, dass der indio seine Kultur entwickeln kann; für eine gerechte Wirtschaft, in der der indio den indio nicht ausbeutet; dafür, dass das Land gemeinschaftlich genutzt wird; für die Beendigung der Diskriminierung ... ein Ende aller Unterdrückung, Folter, Entführung, Mord und Totschlag; für Gleichheit im Arbeitsrecht und dafür, dass die indios nicht als Touristenattraktion benutzt werden; für eine gerechte Verteilung und Nutzung ihres Reichtums.* [...]

Die *Declaración de Iximche* antizipierte Anliegen der in den späten 1980er Jahren aktiv werdenden Maya-Bewegung sowie Vereinbarungen aus den Friedensverträgen von 1996.

Im Jahr 1981 war die Guerilla in weiten Teilen des Landes aktiv. Unter anderem besetzte sie Provinzhauptstädte und verübte Sabotage, Straßenblockaden sowie Hinrichtungen. Die Guerillaorganisationen schlossen sich im Februar 1982 zur URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*) zusammen⁸⁵ (CEH, tomo I, 1999: 237f., Oettler 2006: 7). Lucas García begann 1981 mit offensiver Aufstandsbekämpfung, um „aufständische Strukturen in der Hauptstadt aufzulösen und die soziale Basis in der Guerilla auf dem Land mit Hilfe massiver Repression der Zivilbevölkerung zu zerstören“. Dabei kam die Kriegstaktik der „verbrannten Erde“ (*tierra arrasada*) im November 1981 in Chimaltenango zum Einsatz (Garrard-Burnett 2010: 49–50). 1981 organisierte das Militär auch die ersten Zivilpatrouillen (*Patrullas de Autodefensa Civil*, PAC, siehe weiter unten).

Im Jahr 1982 kam General Ríos Montt⁸⁶ durch einen Militärputsch an die Macht. Das Ziel bestand darin, das politische und soziale Leben unter vollständiger militärischer Kontrolle zu

⁸⁵ Die URNG übernahm auf nationaler Ebene die Opposition und wurde 1999 politische Partei (Kruijt 2008: 181). Sie stellte bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 mit Rigoberta Menchú Tum eine international bekannte Kandidatin auf, jedoch erreichte sie nur 3 % der Stimmen. Starkes politisches Gewicht kam der URNG auch bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2019 nicht zu: Die Doppelspitze der URNG, Pablo Ceto (Ixil, Gründungsmitglied der CUC) und Blanca Estela Colop (K'iche'), erreichte lediglich 2,16 % der Stimmen. Thelma Cabrerías (Mam, jedoch an der Pazifikküste aufgewachsen), Vertreterin der neu formierten politischen Kraft MLP (*Movimiento de la Liberación del Pueblo*), erhielt 10,37 % der Stimmen (TSE 2019).

⁸⁶ Ríos Montts Amtszeit ist von grausamen Militäraktionen und Repressionen geprägt. Im Jahr 2013 sollte er sich vor dem internationalen Menschenrechtstribunal wegen Genozid verantworten. Während des Prozesses haben hunderte Augenzeugen, auch und insbesondere aus der Ixil-Region, gegen den ehemaligen Diktator ausgesagt. Er wurde schließlich am 10. Mai 2013 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid zu 80 Jahren Haft verurteilt (Brodzinsky, Sibylla; Watts, Jonathan (10 May 2013). „Former Guatemalan dictator convicted of genocide and jailed for 80 years“. The Guardian. Zugriff: 12.03.2017). Aufgrund angeblicher Verfahrensfehler wurde das Urteil zehn Tage später außer Kraft gesetzt. Es kam in ganz Mittelamerika zu Protesten. Ende 2017 wurde das Verfahren wieder aufgenommen, Ríos Montt stand unter Hausarrest. Aufgrund seines schlechten gesundheitlichen Zustandes hatte das Gericht eine Haftstrafe ausgeschlossen. Ríos Montt verstarb am 1. April 2018, bevor das Verfahren abgeschlossen werden konnte. Grillo, Christine (4 March 2018). „HRDAG Testimony In Guatemala Retrials“. Zugriff: 5.5.2021). Tiefgreifende Widersprüche manifestieren sich in der Ixil-Region hinsichtlich der andauernden Unterstützung seiner Partei, der FRG (*Frente Revolucionario Guatemala*). So hatte beispielsweise in Nebaj, dem wirtschaftlichen Zentrum der Ixil-Region, das Amt des *alcaldes* über zwei Legislaturperioden (2004–2012) hinweg „Pap Xel“, Virgilio Jerónimo Bernal Guzmán, inne. Er repräsentierte die rechtskonservative FRG, die 1989 von Efraín Ríos Montt gegründet wurde. Pap Xel ist Ixil, er trägt bei öffentlichen Auftritten und auch außerhalb dieser stets die traditionelle rote Jacke der Ixil, den *coton*, und er betonte auch in seiner politischen Rhetorik sehr stark seine Identität als Ixil und gleichzeitig als gläubiges

bringen. Zu diesem Zweck wurden die Streitkräfte umstrukturiert, Schlüsselpositionen mit Unterstützern, Anhängern und Vertrauten des Generals besetzt und rund 300 Offiziere, 170 Beamte des Verteidigungsministeriums sowie 100 weitere entlassen. An ihre Stelle traten Verwandte, Vertraute sowie Mitglieder der evangelikalen Kirche „El Verbo“ (Duyos 2020: 66). Armee und Polizei erfuhren eine vertikale Ausrichtung, bedingungsloser Gehorsam spielte eine entscheidende Rolle (Schirmer 1998: 56). 20 % der Jugendlichen in den ländlichen Gebieten wurden zu einem zweijährigen Militärdienst gezwungen (Duyos 2020: 67). Ríos Montt handelte außerhalb des rechtlichen Rahmens und kontrollierte die Justiztribunale (Gerichte), die Medien sowie die Informationsvermittlung an die Öffentlichkeit. Er „manipulierte das Gesetz im Dienst des Genozids“ (Duyos 2020: 71).

Mit dem Ziel, „den Fischen das Wasser zu entziehen“ (*quitar el agua al pez*), setzte sich in der Ixil-Region militärischer Terror fort. Diese Strategie hatte bereits unter Lucas García mit der Strategie der „verbrannten Erde“ begonnen und verwüstete und vernichtete seither die Lebensgrundlagen der Ixil. Im Rahmen der Operation „Sieg 82“ (*Victoria 82*) wurden die beiden aufeinanderfolgenden Kampagnen „Gewehre und Bohnen“ (*fusiles y frijoles*) sowie „Dach, Arbeit und Tortilla“ (*techo, trabajo y tortilla*) durchgeführt. Die Auswirkungen dieser Kampagnen auf die Bevölkerung der Ixil-Region waren von besonders zerstörerischem Ausmaß (Brett 2007: 133, CEH, tomo I, 1999: 240, Schirmer 1998: 100).

Im Zuge der Massaker und der Zerstörung ganzer Dörfer und Regionen fanden mindestens 200.000 Menschen den gewaltsamen Tod und mindestens 45.000 Menschen gelten als Verschwundene. Mindestens 100.000 Menschen, die aus ihren Heimatgemeinden vertrieben wurden, begaben sich auf die Flucht und gingen als *desplazados* in die Statistik ein (CEH 1999 und REMHI 1998). Viele warteten jahrelang jenseits der mexikanischen Grenze unter prekären Bedingungen in Lagern auf das Ende des Bürgerkriegs. Die Armee verfolgte die Flüchtlinge systematisch, sowohl in Guatemala als auch über die mexikanische Grenze⁸⁷ hinaus (CEH, tomo III, 1999: 297, Duyos 2020: 120, Garbers 2002, Oettler 2004: 174). Aus der Ixil-Region dokumentierte die CEH zahlreiche Massaker als *Casos ilustrativos*, darunter Xeputul (58), Chel

Mitglied einer evangelikalen Glaubensgemeinschaft. Obwohl Pap Xel eine Partei repräsentiert, die man gerade in der Ixil-Region der *post-violencia* als außenstehende Person nicht erwartet hätte, wählten ihn über viele Jahre hinweg eine große Mehrheit der Bevölkerung Nebajs (Stoll 2009: 174, 177-178). Die Partei ist eng mit der evangelikalen Glaubensgemeinschaft *El Verbo* verbunden, vermutlich kommt ein Großteil der Stimmen von Mitgliedern der vielen in der Region ansässigen Glaubensgemeinschaften. Eine ausführliche Analyse der evangelikalen Glaubensgemeinschaften in Nebaj legte Miguel de León Ceto im Jahr 2006 vor.

⁸⁷Die Armee verübte mindestens fünf Massaker auf mexikanischem Territorium (Duyos 2020: 120).

(60), Ilom (61), Chisis (92), Acul (107) und Chacalte (110) (CEH, Tomo VII, Anexo I). In der Ixil-Region wurden zwischen 1960 und 1977 seitens der CEH 14 dokumentierte Ermordungen erfasst, während das REMHI im gleichen Zeitraum neun dokumentierte Ermordungen verzeichnete. Zwischen 1978 und 1996 wurden von CEH 4609 und von REMHI 5423 dokumentierte Morde registriert (CEH, Tomo XI, 1999: 238).

Die mehrteilige Operation *Sofia*⁸⁸ fand zwischen dem 15. Juli und dem 19. August 1982 statt. Der Zeitpunkt, kurz vor der Erntezeit, war durchaus strategisch: Ziel der Operation war es, „alle subversiven Elemente in der Region zu vernichten“. Gleichzeitig wurden alle Bewohner*innen*innen (und zwar auch explizit Frauen und Kinder) der Region als Unterstützer*innen der Guerilla angesehen. Die extreme Armut der Ixil („fruchtbarer Boden für die kommunistische Doktrin“) sowie die Tatsache, dass zahlreiche Dörfer verlassen worden waren, wurden seitens der verantwortlichen Militärs als Begründung für ihre fatalen Verurteilungen herangezogen (Duyos 2020: 200f.).

1982 hatten zahlreiche Ixil ihre Dörfer bereits verlassen und waren in die Berge geflüchtet. Die Armee verfolgte sie und bombardierte die Unterschlüpfe und Verstecke wiederholt aus der Luft. Plan *Sofia* erstreckte sich mit insgesamt vier Operationen über mehrere Jahre. Erst 1986 wurde er eingestellt. Diejenigen, die dieser Tortur nicht über Jahre standhalten konnten bzw. überlebten, wurden zunächst in Militärbasen überführt (Duyos 2020: 145; 206).

In der Ixil-Region wurden ungefähr 90 *comunidades* völlig zerstört, davon 54 im *municipio* Nebaj, 10 in Cotzal und 26 in Chajul⁸⁹. In Salquil Grande und Acul entstanden sogenannte „Modelldörfer“ (*aldeas modelos*) bzw. „Entwicklungspole“ (*polos de desarrollo*) (Duyos 2020, Oettler 2004: 6–7). In den Modelldörfern siedelte das Militär auch die Menschen an, die im Rahmen von Plan Sofia aus den Bergen in die Militärbasen überführt worden waren. Das zentralisierte Siedlungsmuster und die Zivilpatrouillen (PAC, *Patrullas de Autodefensa Civil*) ermöglichten totale Kontrolle und Indoktrination. Ergebnisse dieser Art der Zwangsansiedlung waren die Zerstörung des sozialen Gefüges, der Verlust von kulturellen Werten und Traditionen

⁸⁸Sofia Duyos (2020) analysiert in ihrer Monographie „Los Papeles Secretos del Genocidio en Guatemala“ den gleichnamigen militärischen Operationsplan, der erst im Jahr 2006 an die Öffentlichkeit kam. Er bestätigt die in den Berichten der Wahrheitskommissionen formulierten Schlussfolgerungen eines Genozids an den Ixil. Das Verteidigungsministerium händigte auf Verlangen des CALDH (Centro para Acción Legal en Derechos Humanos) zwar vollständigere Versionen der Pläne *Victoria 82* und *Firmeza 83* als zuvor der CEH aus, negierte jedoch die Existenz der Operationen *Sofia* und *Ixil*. Operation *Sofia* spielte eine entscheidende Rolle bei der ersten Verurteilung Ríos Montts aufgrund von Genozid am 10. Mai 2013 (ebd.: 32ff).

⁸⁹Auflistung hier: CEH, tomo III, 1999: 345f.

sowie der Religion (CEH, tomo III, 1999: 172ff.). Die dokumentierte gezielte Ermordung von Wissensträgern kann als Ethnozid eingestuft werden (Oettler 2006).

Die zwischen 1980 und 1985 aufgestellten Zivilpatrouillen (PAC) stellten eine enorme paramilitärische Streitmacht – 1,2 Millionen meist indigener Hilfstruppen – dar (CEH, Tomo 1, 1999: 200). Die Patrouillen hatten „eine Lizenz zum Töten, Vergewaltigen, Verbrennen und Zerstören“ und unterlagen der Kontrolle des Militärs (Kruijt 2008: 31). Im Vorfeld hatte das Verteidigungsministerium Spekulationen über mehr als 70.000 Anhänger der Guerilla unter der Maya-Bevölkerung (die sogenannten *Fuerzas Irregulares Locales*, FIL) angestellt (Brett 2007: 50–52, Kruijt 2008: 29).

Alle männlichen Dorfbewohner*innen, unter ihnen auch Kinder, wurden gezwungen, Dienst in den Zivilpatrouillen (PAC) zu leisten. Offiziell bestand ihre Aufgabe darin, die Sicherheit ihrer Gemeinden und der umliegenden Gegend zu gewährleisten und Guerilleros und ihre Unterstützer*innen aufzuspüren und anzuzeigen. Das System zielte darauf ab, die Kontrolle über die indigene Landbevölkerung „von innen“ zu garantieren (Brett 2007: 133, CEH, Tomo 1, 1999: 201f., Garrad-Burnett 2010: 99, Remijnse 2002). Evangelikale Priester spielten eine zentrale Rolle bei der Einrichtung der Patrouillen (Duyos 2020: 147, Stoll 1993: 109). Die Schädigung des sozialen Gefüges der Gemeinschaften durch eine Kultur des gegenseitigen Misstrauens und der Angst stellte eine militärische Strategie dar. Dies bestätigte eine Pressemitteilung des Militärs von 1984. Die PAC wurden als eine „neue Form der Sozialisation“ präsentiert, wobei hierbei das gefestigte, tiefsitzende Vorurteil der Maya-Bevölkerung als „unzivilisiert, passiv und rückständig“ sichtbar wurde. Jenes Stereotyp wurde als schwerwiegender Grund für die Militärmaßnahmen angeführt, wenn es weiter heißt, dass „die indianische Bevölkerung ohne Aufsicht und auf sich alleine gestellt nicht in der Lage sei, diese neuen Formen der sozialen, politischen und ökonomischen Organisation umzusetzen“⁹⁰ (Guatemalan Army Public Relations Office, 1984: 2, zitiert nach Garrad-Burnett 2010: 100). Die PAC standen unter der ständigen Kontrolle des Militärs und waren bei Gewaltverbrechen anwesend oder führten sie aus. Dazu gehörten Einschüchterungen, Bedrohungen, aber auch

⁹⁰Original: „[...] the PAC were a new form of socialization ...without supervision or any kind of control, specially taking into consideration that the indian [sic] population were not in capacity of managing themselves those new forms of social, political, and economic organization.” (Guatemalan Public Relations Office, „Las Patrullas de autodefensa civil: la respuesta popular al proceso de integración socio-económico-político en la Guatemala actual,” Guatemalan Army Public Relations Office, 1984: 2, zitiert nach Garrad-Burnett 2010: 100).

Folter von Gefangenen, Ermordungen, Vergewaltigungen und willkürliche Hinrichtungen vor der gesamten Gemeinde (CEH, Tomo 1, 1999: 219f.).

Einige Gruppen hielten stand und führten ein Leben auf der Flucht, bis sie sich sicher genug fühlten, um an abgelegenen Orten des Hochlands sesshaft zu werden und Dörfer zu gründen, die sich selbst als Widerstandsdörfer (*CPR, Comunidades de Población en Resistencia*) bezeichneten (Ball et al. 1999, Brett 2007, 2008, Carmack et al. 1988, Stoll 1993 und Kapitel 5 dieser Arbeit).

3.2.5 Frieden und Nachkriegsentwicklungen

1985 läuteten die Präsidentschaftswahlen erste Schritte Richtung Frieden ein. Zunächst ging Guatemala zu zivilen Regierungen über (wobei das Militär nur unter Druck der internationalen Gemeinschaft seine Vormachtstellung reduzierte).

1991 wurden die Friedensverhandlungen aufgenommen. Dies geschah zunächst unter Aufsicht des Erzbischofs von Guatemala, später übernahm ein Delegierter der Vereinten Nationen diese Aufgabe. Im Dezember 1996 konnte schließlich unter Präsidentschaft von Álvaro Arzú Irigoyen ein Friedensabkommen geschlossen werden (Kruijt 2008: 33).

In die Friedensverträge von 1996 wurden viele wichtige Forderungen der indigenen Bevölkerung aufgenommen, unter anderem sowohl rechtlicher Schutz der indigenen Ländereien als auch die Rückgabe kommunalen Landes⁹¹. Die Umsetzung der Vereinbarung aus den Friedensverträgen von 1996 verläuft insgesamt schleppend (Kapitel 6 analysiert die Arbeit der Maya-Bewegung auch im Hinblick auf diese Frage). Verschiedene Organisationen und Parteien veröffentlichen jährlich Berichte, in denen sie auf die jeweiligen Versäumnisse, Problematiken und Ungleichheiten in den verschiedenen *municipios* aufmerksam machen. Nach Ansicht der politischen Linken strebten die Regierungen eine Umsetzung der Vereinbarungen gar nicht an, sie akzeptierten die Inhalte der Friedensverträge lediglich in „rhetorischer Form“. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der guatemalteken Bevölkerung setzten sie nicht zielgerichtet um, stattdessen implementierten sie eine

⁹¹ Bis Juli 2019 hatte keine Regierung diese Punkte umgesetzt und vielerorts das Schutzgebot schlicht ignoriert, indem beispielsweise große Staudammprojekte in von indigenen Völkern besiedelten Regionen realisiert wurden (z. B. die *Hidroxacbal* in Ju'a', *municipio* Chajul, El Quiché). (<http://www.redlar.org/noticias/2010/9/2/Comunicados/Hidroelectrica-Hidroxacbal-en-Chajul-Quiche-Una-traicion-mas-del-gobierno-contra-los-pueblos-Mayas-de-Guatemala/> Zugriff 24.04.2011).

„neoliberale und privatisierende“ Agenda (*Programa de gobierno del Movimiento Amplio de Izquierdas* – MAIZ 2008–2012). Die Situation der Frauen, insbesondere der indigenen Frauen im ländlichen Raum, verschlechterte sich. In vielen Landesteilen blieben neben einer Ernährungskrise unangemessene, qualitativ minderwertige Bildung, Analphabetismus, Unsicherheit, Einfluss und Macht der organisierten Kriminalität, Mangel an Glaubwürdigkeit der Politik und Nichtregierbarkeit die Regel. Als weitere Faktoren sind die wirtschaftliche Abhängigkeit von Geldrücksendungen aus den USA sowie Privatisierungen und der Ausschluss des kleinbetrieblichen Sektors zu nennen (Morales López 2007: 86–87). Zudem fehlten lange Zeit politisch Agierende, die die indigene Bevölkerung angemessen repräsentieren konnten. Kommissionen wie z. B. DEMI (*Defensoría de la Mujer Indígena*) oder CODISRA (*Comisión Presidencial contra la Discriminación y el Racismo*) konnten lange Zeit aufgrund fehlender Ressourcen nicht angemessen arbeiten (ebd.: 112).

Rassismus, Marginalisierung, Ungleichheit, Gewalt und Straffreiheit (*impunidad*) waren zur Zeit der Feldforschung 2007–2010 nach wie vor Realität für indigene Bevölkerungsgruppen in Guatemala (Carmack 2009: 186). Der Staat behandelte sie als Bürger zweiter Klasse und verstärkte ihre Bevormundung durch den folkloristischen Einsatz von Maya-Assistent*innen in verschiedenen offiziellen Kontexten sowie paternalistische Programme (AI 2007).

Das Justizsystem ist nach wie vor fragil⁹² und Maßnahmen zur Traumabewältigung finden nur im geringen Maße statt⁹³, die psychologischen Programme sind von ausländischer Finanzierung abhängig. Iván Velásquez Gómez bestätigte 2019 diesen Trend und stellte einen Zusammenhang zwischen systemischer Korruption, Straflosigkeit der Machthabenden und dem Staat als Vermittler partikulärer Interessen her. Die Korruption schränkt die Menschenrechte historisch diskriminierter Bevölkerungsteile zusätzlich ein. Ein defizitäres Justizsystem wie das guatemaltekeische führt dazu, dass die Voraussetzungen für ein Leben in Würde nicht gegeben sind, und verhindert die aktive Partizipation diskriminierter Teile der Bevölkerung. Der Staat schwächt die demokratischen Institutionen u. a. durch unkontrollierte Finanzierung von

⁹² Laut einer repräsentativen Umfrage von *Latinobarómetro* hatten 2010 nur 13 % der Guatemalteken Vertrauen in die Polizei und übrige Staatsorgane.

⁹³ Z. B. das Programm „Programa de Resarcimiento“, das jedoch in erster Linie (minimale) finanzielle Entschädigungszahlungen an Hinterbliebene vorsieht.

Wahlkampfkampagnen. Laut Velásquez Gómez fehlt es zudem an entsprechenden Reformen, die eine Partizipation der Zivilgesellschaft durchsetzen könnten⁹⁴.

Ein Teil der Feldforschungen zu dieser Arbeit (in den Jahren 2007 bis 2010) fällt in die Legislaturperiode Álvaro Coloms. Der offizielle Diskurs proklamiert seit dieser Zeit einen multikulturellen Staat, Vielfalt und Einheit sowie „interkulturelle Bildung“. Realität und Proklamation gehen jedoch im guatemaltekischen Fall, wie in vielen Ländern Lateinamerikas, weit auseinander.

In Guatemala, so Grandin (2000: 15), liegt eine besondere Situation vor: die Maya leben Geschichte und Kultur unabhängig von den Kräften, die den guatemaltekischen Staat hervorgebracht haben. Zudem findet die Maya-Kultur oftmals außerhalb des nationalen Lebens statt, in der Peripherie. Die unterschiedlichen Maya-Identitäten sind nicht mit anderen ruralen Identitäten zu einer homogenen verschmolzen, auch wenn sozialistische Reformbewegungen wie das CUC dies anstreben. Diese Situation ist unter anderem auf die Einführung des Kaffeeanbaus unter der frühen republikanischen Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die ökonomische Macht wurde dabei von einer kleinen, oligarchischen Elite ausgeübt, die durch verwandtschaftliche Verbindungen oder Heiratsallianzen miteinander verknüpft war und über umfangreiche Ländereien, großflächigen Kaffee- und Zuckeranbau, Bankgeschäfte und Bauunternehmen verfügte (Kruijt 2008: 17). Die Elite grenzt sich zudem über ihre ethnische Selbstdefinition als *blancos* sowohl von der indigenen als auch von der mestizischen Bevölkerung ab. Weder im republikanischen Rassismus des frühen 19. Jahrhunderts noch zu einem späteren Zeitpunkt war die politische Partizipation der verarmten Landbevölkerung erwünscht. Jegliche Form der indigenen politischen Partizipation wurde entweder unterdrückt oder als rückschrittlich und ahistorisch abgestempelt. Die Ereignisse in den 1970er und 1980er Jahren verstärkten dies. Auch nach Abschluss der Friedensverträge arbeiten Oppositionsbewegungen, die mehrheitlich aus indigenen Mitgliedern bestehen, gegen mächtige Kräfte, denen daran gelegen ist, diese Partizipation zu unterbinden.

Das primäre Ziel der Friedensverhandlungen bestand in der Verhinderung weiterer Massenmorde. In diesem Zusammenhang waren die Formulierung indigener Rechte sowie die zunehmende internationale Aufmerksamkeit von entscheidender Bedeutung (Grandin 2000:

⁹⁴ Iván Velásquez Gómez, 2019, *La lucha contra la corrupción y estructuras criminales – condición sine qua non para realizar derechos humanos para todos*, Vortrag im Rahmen der Tagung *The Americas 2019 – Visions of the future(s) in the Americas*, 12.–14.06.2019, Universität Bonn.

16). Das Bild der Maya-Gemeinschaften „zwischen zwei Fronten“ (Stoll 1993⁹⁵) ist zwar teilweise zutreffend, aber nicht ausreichend, um zu erklären, welche Prozesse und Kräfte hinter dem unermesslichen Gewaltausbruch standen (Grandin 2000: 18). Die Berichte der beiden Wahrheitskommissionen CEH und REMHI aus den Jahren 1999 und 1998 könnten theoretisch die Grundlage für die (Wieder-)Herstellung der Zivilgesellschaft bilden (Garrard-Burnett 2010: xiii). Die Nation sucht nach einer „brauchbaren Vergangenheit“⁹⁶, und versucht Bedeutung aus dem nationalen Trauma zu gewinnen und damit in eine bessere und gerechtere Zukunft zu starten ebd.: 4).

The imperative to build forgiveness and reconciliation translated individual modes of working through trauma to the national social and political sphere in the name of building social and political consensus. In the end, the focus on specific cases, individual victims, and individual perpetrators abets the slippery move from individual experiences of trauma and healing to social structure and political process. (Grandin / Klubock 2007: 24)

Fazit

Der dargestellte historische Hintergrund ist ein wesentlicher Schlüssel zur Annäherung an das Verständnis der zahlreichen Konfliktlinien innerhalb der Gemeinschaften in der Ixil-Region. Die angesprochenen Ambiguitäten und Widersprüche sind vor diesem Hintergrund besser einzuordnen. Ebenso werden die Herausforderungen für Initiativen aus den Bereichen des kulturellen Aktivismus und der Bildung deutlich. Die über Jahrhunderte andauernde Gewalt und Diskriminierung, darunter Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber auch Globalisierung und Digitalisierung haben die Ixil-Identität und Ixil-Kultur, Traditionen und Religion geprägt. Sie lassen auch deren enorme Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit deutlich werden. Widerstand und Handlungsmacht äußern sich in den Wirkungsbereichen der kulturellen Aktivist*innen und der Ixil-Universität als Gegenentwurf zum staatlichen Bildungsapparat.

⁹⁵Stolls Arbeiten sind jeweils kontrovers diskutiert worden. *Between two Armies* wurde insbesondere kritisiert, da Stoll hier die These aufstellte, der Krieg sei in erster Linie von der Guerilla in der Region geschürt worden, und da er den Ixil eine passive Opferrolle zuschrieb. Diese Darstellung ermöglicht eine relativierende Sicht auf die Verantwortung des Militärs für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ixil-Region und ist daher gefährlich (Le Bot 2003, Löfving 2005).

⁹⁶Ursprünglich von Robert Moeller 2001 in Anlehnung an Deutschland formuliert.